1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 42 vom 21. Oktober 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM



Jaruzelskis Einheit und die „Verständigung“

Alles sei im Lot. Meinte der polnische General und Parteichef Jaruzelski vor dem Plenum des ZK seiner Partei. Der Reformkurs und die Verständigung würden fortgesetzt, die Partei sei geschlossen, der Feind zurückgeschlagen.

Da feiern Funktionäre wieder teure Feste, geben Betriebsdirektoren 100000 Mark für ihre Büroeinrichtung aus — das wird zwar kritisiert, gehört aber offensichtlich ins Bild der sogenannten Normalisierung.

Jeder, der die Übertragung des Fußball-Europapokalspiels von Turin in Polen gesehen, mit den minutenlangen Sprechchören „Solidarność“, die fast alle der 30000 Zuschauer riefen, wird sich überlegen können, daß das von Jaruzelski gezeichnete Bild hinten und vorne nicht stimmt.

Sicher: Gefängnisse und Gerichte, der kürzlich kosmetisch abgeschaffte Notstand, sie haben dazu beigetragen, daß die polnische Gewerkschaftsbewegung einen großen Rückschlag hat hinnehmen müssen.

Aber niemand kann auf der anderen Seite behaupten, diese Parteiführung habe es auch nur ansatzweise geschafft, die breite Masse der Arbeiterschaft, die sie als ihren erklärten Gegner ansah, für sich und ihre Politik zu gewinnen.

Eine Verständigung zwischen der Masse der Arbeiter und der Regierung hat nicht stattgefunden und ist nicht absehbar, zu tief ist der Graben zwischen denen, die ohne Rechte hart arbeiten müssen und denen, die sozialistische Phrasen dreschen, das Geschehen diktieren und in Saus und Braus leben.

Zu deutlich ist der Widerspruch zwischen dem geworden, was da als Sozialismus verkauft werden soll und der Wirklichkeit für die Arbeiterschaft in diesem System, das ihnen nichts einbringt. Um diesen Widerspruch zu lösen, müßten grundlegende Veränderungen geschaffen werden — aber die eben würden ja auf Kosten der Jaruzelski und Co. gehen.

Die Friedenswoche in vollem Gange:

Mit allen Mitteln gegen die Kriegstreiber

Mit der Beteiligung von 100000 Menschen an den Friedensaktionen des 15. Oktobers, mit der Demonstration von über 30000 Menschen in Bremerhaven, nahm die bundesweite Woche der Friedensbewegung einen eindrucksvollen Auftakt. An den Volksversammlungen dieses Wochenendes werden sich mit Sicherheit weitere Hunderttausende beteiligen.

Dazwischen lag am Mittwoch der Aktionstag der Betriebe. Der für die Arbeiterbewegung naturgemäß interessanteste Termin, an dem es zu zeigen galt, daß die Arbeiterklasse, die Arbeiterbewegung und der Friedenskampf zusammengehören, auch wenn die vielfältigen Aktionen leider nicht bundesweit die Unterstützung des DGB hatten.

Wichtig ist, daß in diesem Zusammenhang die Diskussion verstärkt in Gang gekommen ist, daß die Arbeiterklasse ihre eigenen Kampfmittel in den Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen einzubringen hat. Und darüber, wie das geschehen kann. Das Reizwort dabei lautet: **politischer Streik.**

Immer mehr Gewerkschafter erkennen, daß es nicht einfach darum gehen kann, wie man im Rahmen der engen gesetzlichen Grenzen, womöglich auch noch in ihrer engsten Auslegung, etwas machen kann. Sondern daß der Grundsatz gilt: Rechtsfragen sind Machtfragen. Das war kürzlich zum Beispiel im gewerkschaftlichen Jugendmagazin „'ran“ zu lesen. Das ist die richtige Richtung.

Streik gegen Atomraketen ist von jeder beliebigen Gesetzeslage abgesehen, das legitime

NEIN zur „Nach“-Rüstung
JA zum NATO-Austritt
KPD KJD

Recht der Arbeiter. Wenn sich die Rechtsauffassung durchsetzt, daß die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen sowieso gegen das Grundgesetz verstößt, ist das natürlich um so besser. Streik gegen die Stationierung ist doch auch nur eine erste Überlegung. Will man denen, die die Atomrüstung betreiben, gründlich an den Kragen, muß man auch an Generalstreik denken. Der kann schon notwendig werden, wenn die Bonner Regierung trotz der massenhaften Proteste und trotz der inzwischen durch immer neue Umfragen bestätigten Ablehnung dieser Stationierung durch die große Mehrheit unseres Volkes die Bonner Regierung an ihren Stationierungsplänen festhält.

Es geht in die richtige Richtung, wenn ein Mann wie Leonhard Mahlein auf dem Gewerkschaftstag der IG DruPa sagte: „Wenn wir unsere eigenen Forderungen ernst nehmen, muß in den Gewerkschaften wieder über die Möglichkeit politischer Widerstandsmaßnahmen gesprochen werden.“ Er sagte das auch in Bezug auf die „Nachrüstung“, die er als grundgesetzwidrig wertete. Er betonte: „Wir werden uns weder von Unternehmern noch von der Regierung oder den politischen Parteien vorschreiben lassen, für was und wann wir demonstrieren oder streiken wollen. Das ist allein eine autonome gewerkschaftliche Entscheidung!“ Ganz in diesem Sinne setzen sich die Genossen der KPD im Betrieb und Gewerkschaft dafür ein, daß die gewerkschaftliche Kampfkraft im Friedenskampf in die Waagschale geworfen wird, und das heißt auch: Streik gegen die Stationierung.

Die KPD hat die Aktionen in Bremerhaven und Nordenham tatkräftig unterstützt. Wir haben uns für einen schlagkräftigen 19. Oktober eingesetzt. Und wir hoffen, daß die Volksversammlungen am 22.10. ein möglichst deutliches Zeichen für den Friedenswillen unserer Bevölkerung setzen.

Wichtig aus unserer Sicht ist, daß es nach dem 22.10. weitergeht, und in diesem Sinne begrüßen wir eine entsprechende Erklärung des Koordinierungsausschusses „Herbst '83“. Es gilt unter anderem, die Kampagne für eine Volksbefragung über die Stationierung weiter zu stärken. Bis zur Bundestagsdebatte am 21.11., an diesem Tag selber, am 12.12. als Jahrestag des „Nachrüstungs“-Beschlusses sind auch deutliche Aktionen notwendig.

Wir halten es auch für wichtig, daß sich innerhalb der Friedensbewegung die Auseinandersetzung über weitergehende Fragen vertieft. Dazu gehört unbedingt die Frage der NATO insgesamt.

Wir sind der Meinung, daß gerade die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO für uns im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährlich ist. Sie ist für uns kein Schutz, auch nicht vor den SS 20 oder anderen Raketen des russischen Imperialismus. Sie garantiert uns einzig und allein, daß unser Land Kriegsschauplatz sein wird, wenn es zum Kriege kommt.

Wir meinen: Eine Massenbewegung gegen die NATO-Mitgliedschaft tut not. Deshalb unsere Parole: Raus aus der NATO! Neutralität! Das wäre ein großer Schritt, um den Frieden sicherer zu machen, die Kriegsblöcke der Supermächte auseinanderzurücken.

Unsere Gegner auch dabei sind die Kräfte, die sich von der NATO-Mitgliedschaft und der NATO-Strategie Profite und die erfolgreiche Verwirklichung von Kriegszielen versprechen, und das ist nicht nur Ronald Reagan, das ist das westdeutsche Finanzkapital und seine Regierung.

Vorläufiger Abschluß bei der IGM, Auftakt bei der IG Drupa

Für 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Auf den beiden Gewerkschaftstagen in der letzten und in dieser Woche, in München der IG Metall und in Nürnberg der IG Druck und Papier wurde eindeutig Kampfbereitschaft signalisiert für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Auf beiden Kongressen betonten die Redner, daß es dabei auch um eine Machtfrage zwischen Arbeiterbewegung und Kapital gehen wird.

Diese Beschlüsse bzw. Aussagen der beiden Kongresse standen sofort unter starkem „Feuer“ aus den Propagandazentralen des Großkapitals. Daran wird man sich in der nächsten Zeit gewöhnen müssen, diese Kampagne der Reichen wird verstärkt werden. Die CDU hat dazu dann auch bereits Flagge gezeigt und betont, daß sie gegen diese Forderung sei. Die Kapitalistenverbände haben eigens zu ihrer Kampagne eine neue „Denkschrift“ veröffentlicht (siehe Seite 2).

Es wird so schon jetzt sehr deutlich, daß es sich tatsächlich um eine durchaus auch politische Auseinandersetzung handeln wird. Um so schwerer wiegt die Kritik, die der scheidende IG-Drupa-Vorsitzende Leonhard Mahlein an anderen Gewerkschaften des DGB übte, die aus der Front des Kampfes für diese Verkürzung der Wochenarbeitszeit frühzeitig ausgeschert sind. Um so mehr müssen auch außerhalb der beteiligten Gewerkschaften alle aktiven Gewerkschafter, all jene, denen die Sache der Arbeiter am Herzen liegt, diesen Kampf unterstützen.

Denn die Frage steht ja einfach so, daß die Verwirklichung dieser Forderung heute der einzig gangbare Weg ist, die Massenarbeitslosigkeit tatsächlich zu reduzieren — und dies auf Kosten der Kapitalisten, der Reichen dieses Landes. Nur dadurch können neue Arbeitsplätze geschaffen werden und nicht durch neue Kapitalinvestitionen die zur weiteren Arbeitsplatzvernichtung eingesetzt werden. Daß dies engstens verbunden sein muß mit solchen Forderungen wie Überstundenabschaffung und auch mit einem Tarifvertrag, der verhindert, daß durch weitere Rationalisierung alle Fortschritte wieder zunichte gemacht werden, also auch den Personalausgleich enthält, das ist eindeutig.

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
Solidarität mit dem Kampf der Gewerkschaften für dieses Ziel!

Herr Haimo George tut sich erneut hervor

Lehrstellenlüge geplatzt — was nun Herr Kohl?

Sein sattsam bekanntes Versprechen, unter seiner Regierung könne jeder willige Jugendliche eine Lehrstelle bekommen, ist endgültig geplatzt, von der Wirklichkeit in diesem Herbst widerlegt. Daß dies dem Ansehen des „Wendekanzlers“ nicht gerade gut getan hat, liegt auf der Hand und wird auch sichtbar. Also muß sich seine Partei etwas einfallen lassen, wem sie die Schuld daran in die Schuhe schieben will.

Dabei zeichnen sich zwei unterschiedliche Antworten ab — nicht im Grundsatz unterschiedlich, sondern in den Nuancen. Beide wurden auf dem Wirtschaftsrat der CDU, dieser einzigartigen politischen Kapitalistenversammlung gegeben. Die dort anwesenden Kapitalisten untermauerten eine Umfrage unter ihresgleichen, nach der die Schuld für Jugendarbeitslosigkeit — wie nicht anders zu erwarten war — natürlich bei den Jugendlichen selbst liegt. Die sind nämlich, glaubt man den feinen Herren Kapitalisten, zu dumm, zu faul, zu anspruchsvoll, um eine Lehrstelle verdient zu haben. Vielleicht wenn jeder noch ein bißchen Geld mitbrächte und dem Chef die Füße küssen würde? So ähnlich stellen diese Leute, die ihr unverdientes Geld und andere für sich arbeiten lassen, es sich jedenfalls vor.

Ganz anders dagegen der Leiter der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU, der Siemens-Manager Haimo George, (der sich erst kürzlich mit einem besonders ausgeprägt reaktionären Sozialabbau-Papier — im Hause Siemens erarbeitet — unrühmlich bekannt gemacht hatte). Er meinte einfach und kurzangebunden, es sei ein Fehler gewesen, daß „der Staat“ (zu sagen „der Kanzler“ fehlte ihm die Traute) überhaupt so eine Zusage, eine Garantie oder was auch immer abgegeben habe, denn dies sei ganz allein eine Sache der Unternehmer und so entspräche es auch der Politik der CDU. Auf der anderen Seite wurde ein bißchen Geld lockergemacht, um ein paar von der Straße zu holen, wie es so schön heißt (auch entgegen der eigentlichen CDU-Politik).

Während Kohl selbst sich vornehm aus dieser Entwicklung raushält, kommt eben die CDU mit dem einzigen konkreten Versprechen, das bei der Wahl gegeben wurde, ziemlich in die Bredouille — denn ihre Hintermänner wollen diesen Preis nicht zahlen.

Die neueste „Denkschrift" der Kapitalistenverbände

Der Großangriff auf die Tarifverträge wird vorbereitet

„Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit" — so heißt eine neue Denkschrift, die Otto Esser für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am 27. September der Öffentlichkeit vorlegte. Und immer, wenn die Kapitalisten eine solche Denkschrift vorlegen, ist Aufmerksamkeit geboten. Dies ist die dritte große Schrift dieser Art in den letzten vier Jahren, die veröffentlicht wird. Mit der ersten wurde eine — als Bezeichnung damals noch keinesfalls „gängige" — gesellschaftspolitische Wende gefordert, mit der zweiten deren konsequente Fortsetzung nach der Bundestagswahl.

Und so, wie diese stets sehr schnell ihre politischen Fürsprecher in CDU und FDP fanden, zuerst einen gesamten Parteivorstand, dann die Georges und Albrechts, so wird dies auch diesmal sehr schnell der Fall sein.

Das betrifft weniger den Teil, der schon Bekanntes wiederholt: Arbeitsschutzbestimmungen und „Zusatzkosten" müßten gesenkt bzw. beseitigt werden, da sie Hemmnisse für weitere Investitionen darstellen würden — das wird hier erneut untermauert. Aber: Noch nie haben die westdeutschen Kapitalisten eine solche Schrift veröffentlicht, ohne einen Schritt weiter zu gehen, ohne Neues zu fordern. Und so auch dieses Mal. Und der Vorstoß trifft einen Nerv der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung.

Das für diese neueste Kampagne benutzte Stichwort heißt „Flexibilität". Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit sei das entscheidende Mittel, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen bzw. zumindest abzubauen.

In schärfster Abgrenzung zur 35-Stunden-Woche wird die Lösung der „flexiblen betrieblichen Arbeitszeit" ausgegeben. Darunter sind die verschiedensten bereits bekannten Vorschläge zusammengefaßt: starke Ausweitung der Teilzeitarbeit, systematische Einführung des sogenannten „Job-sharing" und individuelle Regelung der Jahresarbeitszeit.

Die entscheidende Formulierung in diesem Zusammenhang lautet: „Ja zur individuellen Arbeitszeit und Nein zu kollektiven Arbeitszeitverkürzungen." In dieser so relativ neutral klingenden Formulierung aber steckt ja genau der Angriff auf die Tarifverträge, denn sie sind ja nichts anderes als eine kollektive Regelung. Es sollen nicht nur durch die verschiedenen aufgeführten Sonderregelungen Hunderttausende oder gar Millionen Menschen vereinzelt werden, sondern das soll auch ausdrücklich zum politischen Prinzip erhoben werden. Dieser Weg nach vorn, der damit angeblich beschritten werden soll, ist natürlich einmal mehr nichts anderes als der strikte Weg nach hinten, und zwar nach ganz weit hinten, in jene Zeit zurück, da die Arbeiter als Individuum dem Kapitalisten gegenüberstanden, ohne die Organisation, ohne jede Möglichkeit, sich zu wehren — es sei denn, er bräche die Gesetze.

Sicher werden sich die Kapitalistenfunktionäre selbst nicht die Illusion machen, daß dieses Ziel, die Abschaffung der „kollektiven Regelungen" schnell zu erreichen sei — aber die Forderung wird lanciert, die Propaganda angeleiert, schrittchenweise Tatsachen geschaffen. Und das alles baut natürlich in starkem Maße auf die Not, auf die Notwendigkeit von Arbeitsplätzen. So wie bei vielen Frauen, die einfach aufgrund der bestehenden Bedingungen auf Teilzeitarbeit angewiesen sind, und wo es ja darum gehen müßte, ihnen die volle rechtliche, soziale und gewerkschaftliche Sicherung zu verschaffen.

Jedenfalls kann man darauf warten, daß die CDU demnächst irgendein Forum oder ein Seminar organisieren wird, wo als Ergebnis erstaunlicherweise so ziemlich dasselbe herauskommen wird, wie es jetzt in der Kapitalisten-Denkschrift beinhaltet ist. Was den DGB betrifft, so hat er bisher nur in seiner Funktionärszeitschrift „Quelle" dazu Stellung genommen. Der Autor, G. Pehl, jamert dabei über diesen neuen Vorstoß herum und versucht einmal mehr, so zu tun, als wären die Vorschläge der Kapitalisten eigentlich auch zu deren eigenem Schaden. Auf so einer Grundlage können dann wohl auch so profilierte rechte Gewerkschafter wie beispielsweise ein Hermann Rappe eben einen Tarifvertrag über individuelle Arbeitszeitregelungen aushandeln …

Die SPD bereitete die Ausnahme vor, die CDU macht sie zur Regel

Kohls Einstieg in das „ganz normale" Waffengeschäft

Kanzler Kohls Besuch in Saudi-Arabien bereitete eine weitere Wende vor. Auf der Grundlage der neuen Richtlinien für „Waffenexport", die noch im letzten Jahr von der SDP/FDP-Regierung, von Kanzler Schmidt persönlich, verabschiedet worden waren, wurde jetzt, zum ersten Mal in der Geschichte bundesdeutscher Diplomatie, in einem offiziellen Kommuniqué mit einer anderen Regierung die Zusammenarbeit im „Verteidigungsbereich" aufgeführt. Was bisher auf das NATO-Gebiet beschränkt war.

Mag dieser Vorgang an sich auch als gar nicht so groß erscheinen, seiner Bedeutung nach ist er es ohne Zweifel. Er bedeutet, daß die Bundesregierung nunmehr ganz offiziell in die Reihe der großen Waffenhändler USA, UdSSR, Frankreich und England eingetreten ist.

Wenn es außen- und sicherheitspolitische Interessen der BRD erforderlich machten, so hieß Schmidts Richtlinie aus dem letzten Jahr, könne ab nun auch in alle Bereiche der Welt Waffenverkauf betrieben werden. Was da noch als Ausnahme formuliert wird, hat Kohl nun durch seinen Schritt zur Regel erhoben. Das ist die Substanz des Vorgangs, der hinter all den Scheindebatten um Lieferung oder nicht des „Leo" an Saudi-Arabien steht.

Man muß in diesem Zusammenhang in erster Linie darauf hinweisen, daß es sich bei diesem systematisierten, notwendigerweise auch gesteigerten Waffenexport eben bei weitem nicht nur um ein „moralisches Problem" handelt. Es ist sicher ein Aspekt, stets zu beteuern, man wolle soziale oder christliche oder was auch immer für eine Politik machen und dabei sogenannte Entwicklungshilfe in Form von Waffenverkäufen machen, während Millionen hungern. Dieser Aspekt aber wird selbst in der bürgerlichen Presse hier oder da erwähnt.

Sondern es ist das ganz direkte Problem der Einmischung in Kriegspolitk. Sei es auf die Weise, daß man als Waffenlieferant natürlich der Erpressung fähig wird, indem man ganze Militärsysteme, voneinander abhängig, liefert — oder eben Teile davon nur bei direktem „Wohlverhalten". Sei es auf die Weise, daß man in Auseinandersetzungen, in die man gar nicht unbedingt will, hineingezogen wird — was noch das Unwahrscheinlichste ist. Oder sei es, daß man sich so, durch Ausbilder und „technische Berater" ganz direkt Brückenköpfe für ein erweitertes militärisches Eingreifen außerhalb des NATO-Bereiches schafft.

So wie, um nur ein vergleichbares Beispiel zu nehmen, etwa die französischen Imperialisten ihre Großmachtpolitik nicht zuletzt gestützt auf ihren umfangreichen Waffenhandel betreiben (durch den sie einen Einfluß besitzen, der eigentlich ihre wirtschaftliche Kraft, im Verhältnis etwa zu den bundesdeutschen Imperialisten, übersteigt), so soll dies nun auch vom westdeutschen Kapital durch diese Bonner Hilfestellung geschehen.

Die verschiedenen Rüstungsschmieden, in der Vergangenheit manches Mal dazu gezwungen, sozusagen am Rande der Legalität zu handeln, werden jedenfalls besonders dankbar sein, denn ihnen blühen natürlich ganz direkt größere Profite. Den andern blüht gewachsener Einfluß und ein größerer Markt. Und der westdeutschen Jugend eine wachsende Gefahr, irgendwo auf der Welt für die imperialistischen Interessen des Kapitals verheizt zu werden.

Protest von Gewerkschaftern gegen Werftenkiller

(Korrespondenz aus Kiel)

Knapp zwei Wochen nach der machtvollen Demonstration von 130 000 Stahl- und Werftarbeitern in Bonn gegen die Kahlschlagpolitik der Stahlkonzerne, Banken und der Regierung startete einer der aggressivsten Verfechter der Bonner Wendepolitik, Finanzminister Stoltenberg, eine Retourkutsche besonderer Art.

Auf Einladung der CDA nahm er als Hauptredner an einem Kongreß im Kieler Gewerkschaftshaus teil.

Das war eine ungeheure Provokation: Der eiskalte Arbeitsplatzkiller, der den Werften bisher rigoros jeden Pfennig Hilfe verweigerte, der bewußt über 10000 Werftarbeiter auf die Straße wirft, wagt es, im Gewerkschaftshaus der Heimatstadt der größten deutschen Werft aufzukreuzen.

Das war dem DGB zuviel. Auf Initiative der IGM rief er zu einer Protestkundgebung gegen Stoltenberg auf. Aber es wurde ausdrücklich betont, daß man nichts gegen die CDA habe, diesen reaktionären Flügel der Arbeiterbewegung (man stelle sich einmal vor, wie der DGB im gleichen Fall mit der RGO verfahren wäre), und auch die Mobilisierung lief äußerst schlecht. So wurden Aufrufe zur Protestveranstaltung nur unter der Hand an Funktionäre verteilt, in den Betrieben wurde gar nicht mobilisiert. Nur die RGO-Betriebsgruppe HDW verteilte ein Flugblatt dazu, (siehe Anlage).

Trotzdem waren über 300 Kollegen am Gewerkschaftshaus erschienen. Das Gebiet war weiträumig von Polizei abgeriegelt, in nächster Nähe stand Bereitschaftspolizei in voller Kampfausrüstung auf Abruf. Entsprechend war die Stimmung der Gewerkschafter. Aus den Worten der Kollegen sprach die totale Ablehnung der Bonner Sparpolitik und ein Haß auf Scharfmacher Stoltenberg als Hauptrepräsentanten. Ein Redner der IG Chemie verurteilte den Sozialabbau und warnte vor einer weiteren Einschränkung der Tarifrechte. Außerdem rief er die Kollegen auf, sich gegen die Angriffe der Reaktion auf die Gewerkschaften zu wappnen.

Der schlechten Mobilisierung des DGB folgte eine schlechte Organisation. So gelang es Stoltenberg und seinen Leibwächtern im Auto zum Hof des Gewerkschaftshauses durchzudringen, ohne daß die versammelten Kollegen das verhindern konnten. Trotzdem war die Aktion unterm Strich ein gelungener Protest gegen Stoltenberg als Repräsentanten der Bonner Wendepolitik, der zeigt, daß die Arbeiterbewegung zunehmend weniger bereit ist, den Bonner Kurs stillschweigend hinzunehmen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kommentar

Dies bleibt wohl — bisher jedenfalls — der nachhaltigste Eindruck vom 14. Gewerkschaftstag der IG Metall in München: Es wurden die aktuellen Probleme der Arbeiterbewegung im wesentlichen angesprochen. Sie waren Gegenstand der Debatten und der Abstimmungen. So die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie, die Forderung, die IGM solle Kämpfe gegen Betriebsstillegungen, solle Betriebsbesetzungen offiziell unterstützen, die Forderung nach Organisierung der und Arbeit mit den arbeitslosen Kollegen.

Die einmütige Entschließung für den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Beschlüsse zu einer verstärkten Gewerkschaftsarbeit gegen neue Raketen, das rundet dieses Bild ab, daß dies, im Gegensatz zu manchem seiner Vorgänger, ein Kongreß war, bei dem die wichtigsten Fragen wirklich zur Debatte standen.

Angesprochen

Aber viel mehr auch nicht. Und auch wenn man aus der Sicht vieler aktiver Gewerkschafter, aus der Sicht der Interessen der Belegschaften, der Mitgliedschaft, sagen kann, daß das schon ein Erfolg war, sollte man sich davor hüten, in die Ergebnisse dieses Kongresses einen „Schwenk nach links" hinein zu interpretieren, wie es an manchen — und durchaus nicht nur bürgerlichen — Stellen geschieht.

Die Antragsflut hatte ihre Zeichen gesetzt. Vor allem eben durch die Schwerpunkte, die sich da herausstellten. Und so mußten dann einfach bestimmte Dinge gemacht werden, wie die Kompromißlösung der sogegannten Anwartschaftsmitglieder der Arbeitslosen, keinesfalls eine Dauerlösung.

Aber man darf dabei nicht übersehen, daß die politischen Bekundungen des Vorstandes sich gegenüber früher keinesfalls grundsätzlich oder auch nur in starkem Maße geändert haben. Wenn Hans Mayr davon sprach, daß dort, wo die Unternehmer versagt hätten, Planung und Investitionslenkung einsetzen müßten, dann ist das genau die Fortsetzung der alten sozialpartnerschaftlichen Linie, die Politik habe einzuspringen, wenn ein Unternehmer eben „schlecht" arbeite. Solche Beispiele ließen sich noch sehr viele anführen. Allesamt Beispiele, wie gesagt, die zeigen, daß von einem wirklichen „Linksruck" kaum die Rede sein kann.

Das Hauptargument dafür reduziert sich dann in der Regel wohl auch auf den „Einzug" von Franz Steinkühler in den Gewerkschaftsvorstand. Wobei man ja wohl erwähnen darf, daß auch Eugen Loderer einst als ein Linker aus dem Schwabenland den Vorsitz vom „Eisernen Otto" Brenner übernahm.

Nein, der Einzug dieser oder jener Person in den Vorstand, so wichtig das auch im Konkreten sein mag (wie man an der Auseinandersetzung, die bis zur Abstimmung hinter den Kulissen lief, ob Hamacher oder Roth das Frauenreferat übernehmen sollte, sehen kann), ist keine entscheidende Größe, ganz unabhängig davon, was man von Steinkühler halten mag.

Da sind die inhaltlichen gewerkschaftspolitischen Vorschläge, die der Bezirk Stuttgart vorbrachte, der Vorschlag über einen neuen Tarifvertrag, über die Arbeitsbedingungen vor allem, um eine Mauer gegen die weitere Intensivierung der Arbeit aufzurichten, schon von wesentlich größerer Bedeutung. Und sie werden es, trotz der Niederlage in der Abstimmung auf diesem Kongreß, auch weiter bleiben. Erst recht bleibt wichtiger die absolut berechtigte Forderung nach der „Übernahme" von Betriebsbesetzungen durch die IG Metall. Sie war ja ausdrücklich nicht so gestellt worden, daß dies anstelle der betroffenen Belegschaften geschehen soll, sondern zu ihrer rückhaltlosen Unterstützung.

Dies soll jetzt von der juristischen Abteilung „geprüft" werden — wobei man dazu sagen muß, daß eben diese Abteilung im Vorfeld bereits den Bremer Vorschlag einer tarifvertraglichen Absicherung der Arbeitsplätze abgelehnt hat. Mit diesem Beschluß, das sollte man wohl so deutlich sagen, ist diese Forderung erst einmal kaltgestellt. Erst einmal, wohlbemerkt. Denn schließlich gab es ja schon im Vorfeld und am Rande dieses Gewerkschaftstages eben gerade die Auseinandersetzung um Betriebsbesetzungen, engstens verbunden mit der Kritik an der Politik der Sozialpartnerschaft, die dieser Vorstand betreibt.

Und so, wie sich eine solche Kampfhaltung bisher schon verstärkt hat, wie sie weit über die „radikalen" Gruppierungen der Belegschaften hinaus auch in sozialdemokratischen Kreisen gehandhabt wurde und zu entsprechenden Auseinandersetzungen geführt hat, so wird sie sich auch in Zukunft, bedingt durch die Krise und die kapitalistische Politik, weiter verstärken.

Sicher wird noch viel über das Schicksal dieses oder jenes wichtigen Antrages zu sagen sein. Und ebenso sicher werden auch die zahlreichen Spekulationen über eine Kräfteverschiebung in diese oder jene Richtung weitergehen, ohne zu einem gesicherten Abschluß zu kommen. Ebenso sicher aber bleibt eben genau dies ein Fazit: Daß die realen Probleme zur Debatte standen, war ein Fortschritt war. Und daß deshalb auch die Kritik am sozialpartnerschaftlichen Kurs wuchs, was ein Fortschritt ist. Ein Fortschritt, der sich nicht so leicht in die Geheimdiplomaten-Art der Gespräche in den „Wandelgängen" des Kongresses wird festigen lassen, sondern nur im offenen Einsatz, im Kampf um die Interessen der Metallarbeiter.

Helmut Weiss

Solidarität mit Manfred und Andreas

Seit über zwei Jahren sitzen jetzt die beiden kommunistischen Oppositionellen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt in den Gefängnissen der DDR. Sie sind zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie für Frieden und Demokratie eingetreten sind, weil sie aktive Solidarität mit ihren polnischen Klassenbrüdern betrieben haben.

Je acht Jahre in den Gefängnissen sollen sie kaputtmachen, soll auf andere abschreckend wirken. Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt haben ihren politischen Kampf in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands in der DDR geführt. Einer Partei, die dort das durchsetzen will, was die SED und ihr Bonzenstaat schon lange verraten haben: Arbeitermacht, Frieden und Freiheit.

Schreibt an die Genossen

Jeder Brief, jede Karte, die die Gefangenen erreicht, erleichtert ihnen das Durchhalten im Gefängnis. Und es ist so einfach, von Versammlungen, aus dem Urlaub, von einer Reise oder einfach mal so eine Karte, einen kurzen Brief rüberzusenden. Selbst wenn der eine Brief oder die eine Karte mal nicht an die Gefangenen ausgehändigt wird, immerhin merken dann die Behörden, daß die Genossen Freunde, Bekannte haben, die nicht aufhören werden, mit den beiden solidarisch zu sein, sie den Fall überall und immer wieder bekanntmachen werden, bis die Genossen wieder frei sind.



Andreas Bortfeldt
Strafvollzugsanstalt
Bautzen
Postschließfach 100-2
8600 Bautzen/DDR



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschließfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

Weitere Informationen beim Solidaritätskomitee: H.D. Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund

Angehörige der wegen oppositioneller kommunistischer Tätigkeit in der DDR Verhafteten und zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten haben den untenstehenden Appell an den Ministerrat der DDR verfaßt. Dieser Appell wurde mittlerweile von vielen hundert Menschen unterzeichnet. Unter ihnen sind der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, der ehemalige Westberliner Bürgermeister Heinrich Albertz und viele andere Literaten, Wissenschaftler und Ärzte. Wir möchten auch die Leser des „Roten Morgen" auffordern, diesen Appell zu unterzeichnen.

APPELL AN DEN MINISTERRAT DER DDR

An den
Ministerrat der DDR

Dr. med. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31
2804 Lilienthal

Sehr geehrte Damen und Herren,
im April, Juni und Juli dieses Jahres wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von amnesty international als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurden damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt

Ich/Wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

....

Name | Anschrift

....

Unterschrift

Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lilienthal

Wieder hohe Haftstrafen in der DDR

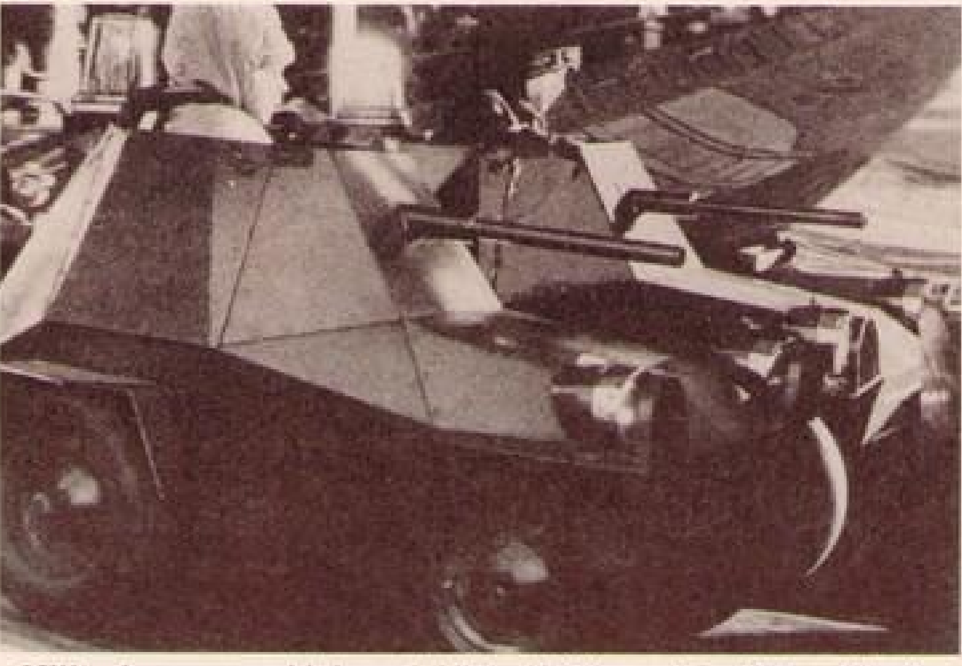
Friedensbewegung und Umweltschützer unter Druck

HALLE. — Jena war kein Einzelfall. Mehrmals berichteten wir im „Roten Morgen" über die Aktivitäten kritischer DDR-Bürger, die sich der Friedensbewegung verpflichtet fühlen, über ihre Aktionen und den staatlichen Druck dagegen.

Ein unter mysteriösen Umständen in der Haft gestorbener junger Mann, viele Gerichtsurteile und zwangsweise Ausbürgerungen haben auch hier Schlagzeilen gemacht.

Ähnlich rigides Vorgehen gegen protestierende junge DDR-Bürger ist jetzt auch aus Halle bekanntgeworden. Hier sind es Anhänger der Umweltschutzbewegung und auch Leute der Friedensbewegung, die es mit den Behörden, mit der Stasi, mit Polizei und Gerichten zu tun bekommen.

Gegen zwei Leute geht es hauptsächlich in Halle. Zum einen gegen den ehemaligen Mitarbeiter der evangelischen Kirche Lothar Rochau (31) und den Jurist Dietmar Funke (32). Rochau hatte schon seit 1977 eine Jugendgruppe von über 40 Leuten geleitet, die mit verschiedensten Aktivitäten, vor allem zur Friedensfrage umgehen wurde. Was dort schon gefährlich ist, zeigen die folgenden Beispiele.



Militarismus von klein auf. Viele Kritikpunkte gibt es für die Friedensbewegung in der DDR

Im September des vergangenen Jahres ging in Halle rund 100 Leute mit Friedenstauben auf ihrer Kleidung auf die Straße. Vorneweg Lothar Rochau. Man war schon auf ihn aufmerksam geworden. Zu Pfingsten 1983 versuchte sich die kleine Hallenser Friedensgruppe mit brennenden Kerzen und eigenen Transparenten in die offizielle Friedensdemonstration der „Freien Deutschen Jugend" einzureihen. Auf den Transparenten standen recht harmlose Sprüche wie „Vertrauen wagen" oder „Vertrauen statt Wahnsinn". Ein Aufruf, den Rochau verfaßt hatte, zitierte Wilhelm Pieck, den ersten DDR-Staatsratsvorsitzenden, der gesagt hatte: „Wer in Deutschland noch einmal ein Gewehr anfaßt, dem soll der Arm abfallen."

Die letzte Aktion, die von Rochau und seiner Gruppe ausging, war dann eine Demonstration zum Umweltschutz. Rund 120 Demonstranten hatten sich im Sommer mit Fahrrädern auf den Weg zu den Chemie Werken Buna gemacht. Ihre Losungen waren: „Umkehr zum Leben", „Chemie ist schön — Chemie ist nützlich — ist das alles?" Die DDR-Behörden reagierten hart. Schon vorher hatte der Staatssicherheitsdienst einige Gruppenmitglieder offen gewarnt, darunter auch Rochau: „Das ist verboten, wir haben Sie gewarnt. Nicht, daß hinterher das Geheule groß ist." Die Demonstration kam gar nicht bis zum Werksgelände. Die Feuerwehr aus Halle spritzte Schaum auf die Zufahrtsstraßen, den Radfahrern war ein Weiterkommen unmöglich. Die meisten Teilnehmer der Demonstration wurden sofort festgenommen und in Schnellverfahren zu Ordnungsstrafen zwischen 300 DM und 500 DM verurteilt.

Härter ging man mit Rochau um, er kam wenige Tage später in Untersuchungshaft, die Begründung: er habe die Aktion gegen Umweltverschmutzung organisiert und die öffentliche Ordnung gefährdet.

Seit dem Sommer sitzt auch ein anderer Hallenser Oppositioneller im Gefängnis. Ein Bekannter von Rochau, der Jurist Dietmar Funke. Er hatte eine Unterschriftensammlung mitgemacht, die sich an Bundeskanzler Kohl und den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker richtete, und in der unter Berufung auf die Schlußakte der KSZE die beschleunigte Behandlung von Ausreiseanträgen gefordert wurde.

Ebenfalls seit Ende August sitzt eine weitere Mitstreiterin von Rochau im Gefängnis, die 37 Jahre alte Bibliotheksassistentin Karin Eigenfeld. Sie war auch an der Fahrrad-Demonstration zu den Buna-Werken beteiligt, hatte außerdem an einer Aktion „Fasten für den Frieden" teilgenommen. Während der Zeit der Untersuchungshaft wurden die Anklagen zum Teil noch erweitert. So wird Rochau jetzt auch noch staatsfeindliche Hetze und ungesetzliche Verbindungsaufnahme in den Westen vorgeworfen. Konkrete Vorwürfe dazu: der Angeklagte habe die Adresse einer westlichen Zeitung weitergegeben und zwei kritische Schriften über Staat und Militär in der DDR verbreitet — an exakt vier DDR-Bürger.

Anfang Oktober wurden die Urteile gesprochen. Lothar Rochau bekam drei Jahre Gefängnis, Dietmar Funke viereinhalb Jahre. Im Vorfeld dieses Prozesses waren zwei andere Oppositionelle zu je eindreiviertel Jahren Knast verurteilt. Das Urteil gegen die Bibliothekarin steht noch aus.



Einige Mitglieder der Oppositionsbewegung aus Halle. In der Mitte mit Bart Lothar Rochau, der jetzt zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde

Ähnlich wie in Jena, wo mit harten Maßnahmen gegen die Sprecher der Oppositionsbewegung vorgegangen wurde, wo viele Bürger einfach auch gegen ihren Willen in den Westen abgeschoben wurden, will man auch in Halle jeglichen Widerstand im Keim ersticken. Aber hieß es noch vor Monaten, Jena und die dortige Bewegung seien ein Einzelfall, zeigt sich an den Beispielen aus Halle, daß sich in vielen Orten was tut.

Lindenberg in die DDR

Nach jahrelangen Kontakten, Versuchen, Gesprächen hat es Udo Lindenberg geschafft: Am 25. Oktober wird er im Palast der Republik in Berlin sein erstes DDR-Konzert geben. Einzelheiten der Veranstaltung, die im Rahmen der Veranstaltung „Für den Frieden der Welt" vom „Festival des politischen Liedes" organisiert wurde sind nicht bekannt. Bisher waren die Versuche Lindenbergs in der DDR aufzutreten stets daran gescheitert, daß er, bzw. seine „Unterhändler" sich weigerten, lediglich Play-back-Auftritte zu machen, die die Möglichkeit „unliebsamer" Zugaben verhindern.

In einer ersten Stellungnahme erklärte Lindenberg, er nehme sehr gern die Gelegenheit wahr, „meinen Standpunkt, den ich auf vielen Veranstaltungen der westdeutschen Friedensbewegung vertreten habe, nun auch in der DDR bekräftigen zu können." Mal abwarten ob er es tut. Nicht bekannt ist auch, ob er sich mit dem „Oberindianer" Erich Honecker anlegen wird, und seinen „Sonderzug nach Pankow" vortragen wird.

Bei der Veranstaltung, für die es sofort nach Bekanntwerden des Lindenberg-Auftritts keine Karten mehr gab, wird auch der US-Sänger Harry Belafonte auftreten.

Frauen in die DDR-Armee?

Aus der DDR gibt es jetzt immer mehr Meldungen, wonach an Frauen Wehrpässe ausgegeben werden. Im letzten Jahr, am 25.3.1982 wurde in der DDR ein neues Wehrgesetz verabschiedet. Danach können Frauen „im Ernstfall" zur allgemeinen Wehrpflicht herangezogen werden. Im Paragraphen 3 Absatz 5 heißt es: „Dies gilt auch für die Vorbereitung der Mobilmachung".

Dieser Absatz ist wohl die Begründung für die jetzt bekannt gewordenen Maßnahmen. Danach wurden in Halle, Schwerin, Werdau und der Hauptstadt Berlin Frauen, die im Gesundheitswesen arbeiten auf die Wehrkreiskommandoämter geladen und haben dort ihren Wehrpaß erhalten. Dieses ist der erste formelle Schritt, die nach dem neuen Wehrgesetz mögliche Einbeziehung der Frauen in die allgemeine Wehrpflicht zu verwirklichen. Bisher war nur aufgefallen, daß in der DDR verstärkt Frauen als Freiwillige für die Offizierslaufbahn angeworben wurden.

Gegen diese militaristische Entwicklung gibt es auch in der DDR Protest. Im Herbst 1982 hatten Hunderte von Frauen in einem offenen Brief an den Generalsekretär der SED gegen die Wehrpflichtpläne für Frauen protestiert. Heute ist dieses Thema in vielen Fraueninitiativen in der Diskussion.

Zuletzt gab es in Berlin einen Gemeindetag der Auferstehungsgemeinde unter dem Motto „Frauen für den Frieden", an dem 400 bis 500 Menschen, in der Mehrzahl Frauen teilnahmen.

Aus „Vor Ort", Zechenzeitung der KPD

Der Bergmann zahlt die Zeche!

Mit den konkreten Ergebnissen der Bonner „Kohlerunde" befaßt sich die neueste Ausgabe der KPD-Zeitung für die Zechen „Vor Ort". Das Ergebnis dieser Runde wurde von einigen Mitgliedern der Führung der IG Bergbau als „optimal" bezeichnet, von anderen als immerhin erfolgreich und begrüßenswert. Die gewerkschaftsinterne Propaganda läuft dabei auf dem Kurs „wir erreichen was im Gegensatz zur IGM". Wie verlogen das ist, das zeigt der folgende Artikel, der nicht nur die wirkliche Arbeitsplatzvernichtung nachweist, sondern auch auf die Lohnverluste der Kumpel eingeht. Verluste, die durch „mündliche Nebenabsprachen" wie sie zu Beginn der Woche bekannt wurden (90-Prozent-Aufstockung) nur leicht gemildert werden.

Kohlerunde in Bonn: Alles auf Kosten der Kumpel!

Was sind die tatsächlichen Ergebnisse der Kohlerunde?

Vorerst 20 Feierschichten in zwei Jahren beschlossen. Damit sollen 3,5 Millionen Tonnen Jahresförderung „eingespart" werden. Der Kumpel erhält 62 Prozent (mit Kindern 68 Prozent) vom Nettolohn. Es wurde der RAG freigestellt, ob sie was dazuzahlt.

Weitere **Stillegungen** beschlossen. Der restliche Kapazitätsüberhang von 10 Millionen Tonnen Jahresförderung soll vernichtet werden durch sogenannte "Teilanpassungen" und „Stillegungsmaßnahmen".

Vernichtung von 12000 Arbeitsplätzen beschlossen. Die Anpassung der Kapazität soll nicht mit Massenentlassungen in die Arbeitslosigkeit, sondern durch andere Maßnahmen erfolgen:

- 50- bis 55jährige sollen **Anpassungsgeld** bekommen, das ist weniger als die Hälfte dessen, was ein Kumpel in der Zeit zusammen mit der 0,8-Rente verdienen kann.
- Über 55jährige sollen **Ausgleichsleistung** bekommen, das ist weniger als die volle Rente zur gleichen Zeit ausmachen würde.
- Alle anderen Betroffenen müssen **weite Wege** und **Fahrtkosten** zur neuen Schachtanlage in Kauf nehmen.

Die Ruhrkohle AG beschließt am 26. Oktober über die Maßnahmen, die in ihrem Bereich anfallen, z.B. die (Teil)-stillegung von Gneisenau und anderer Anpassungsanlagen, sowie, ob zum Kurzarbeitergeld etwas dazugezahlt wird.

Das Ergebnis der Kohlerunde ist also eindeutig:

Der Bergmann zahlt die Zeche!

Die Bergleute hatten in Bonn bei der Kohlerunde nichts zu sagen. Die Kapitalisten haben mit ihrem Konzept vollen Erfolg gehabt. Das ist auch kein Wunder: Ihre Geschäfte werden von dem ehemaligen Krupp-Direktor Stoltenberg und dem Versicherungsdirektor Lambsdorff sehr gut vertreten. Der ehemalige Klosterschüler Blüm steuert die nötigen Weihrauchvernebelungen dazu. Flicks steuerfreie Millionen lassen grüßen.

Tatsächlich haben es die Kapitalisten geschafft, die Kohlekrise auf Kosten der Kumpel vorerst anzugehen.

Die Feierschichten bedeuten eine Förderpause, die dazu dienen soll, Kohle von der Halde zu nehmen. Das ist die beste Kohle für den Verkauf: da sie z.T. schon abgeschrieben ist, läßt sie sich besonders profitabel verkaufen.

Außerdem werden die Feierschichten benutzt, um die Kumpel in den übrigen Schichten besonders auszunutzen, die Förderung vorzubereiten und in weniger Zeit mehr Leistung abzupressen. Die Frühpensionierung dient dazu, die Belegschaft jünger und leistungsfähiger zu machen, „Olympiamannschaften" in den Streben arbeiten zu lassen.

Für Zechenstillegungen gab es „grünes" Licht. Ist die Zeche Gneisenau noch zu retten? Die Kohlerunde bewies, daß Stillegungen entgegen aller großen Worte der IGBE-Führung beschlossen wurden!

Das Ergebnis wird eine noch höhere Arbeitslosenquote in den Revierstädten sein, Entlassungen in der Zuliefererindustrie, eine Verarmung der Bergarbeitervorstädte.

Die IGBE-Führung stellt die Kohlerunde als „Erfolg" hin, weil kein Bergmann entlassen werde. Tatsache ist, daß 12000 Arbeitsplätze im Bergbau vernichtet werden und viele Kumpel noch weitere Wege zur Zeche in Kauf nehmen müssen. Und das soll erst der Anfang von weiteren Maßnahmen sein, die hauptsächlich gegen Mitte der 80er Jahre greifen werden. Die Verlagerung der Förderung auf die neuen Zechen im Nordrand des Ruhrgebiets wird dazu führen, daß mit weniger Kumpeln die gleiche Leistung erbracht wird, was zum Abbau weiterer Arbeitsplätze führen wird.

Die IGBE-Führung hat absichtlich verhindert, daß die Forderungen der Bergleute, ja sogar die Beschlüsse der IGBE-Kongresse, in die Kohlerunde eingebracht wurden (wenn man schon „verhandelt"). So wurde verhindert, daß die Forderung nach 4-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich gestellt wurde.

Nur eine Einführung einer echten Arbeitszeitverkürzung hätte zur Sicherung der Arbeitsplätze beigetragen und Solidarität mit den Kollegen der IGM und der IG Druck bedeutet, die die 35-Stunden-Woche fordern. So wurde verhindert, daß eine volle Rente ab 55 Jahren gefordert wurde.

Die sogenannte „Politik der Vernunft", die die IGBE-Führung unter Adolf Schmidt betreibt, ist eine Politik, die dazu führt, daß die Kumpel die Zeche bezahlen müssen. Sie führt dazu, daß widerstandslos die Arbeitsplatzvernichtung im Bergbau zur Verarmung des Reviers an Ruhr und Saar führt. Sich regender Widerstand, wie die Aktionen der Bergarbeiterfrauen gegen Zechensterben, wurden untergebügelt.

Kampf dem Zechensterben — diese Losung bleibt nach der Kohlerunde aktueller denn je. **Kampf der Arbeitsplatzvernichtung mit allen Mitteln**, das muß sich in der IGBE, im Bergbau durchsetzen.

Was bringen Feierschichten?

Die Feierschichten sollten Stillegungen verhindern. Tatsache ist, daß kaum die Förderung vermindert wurde. Schon die fünf Tage Zwangsurlaub waren ein Schlag ins Wasser; die Kumpel wurden gezwungen, ihren Urlaub zu nehmen, statt ihn zur Erholung zu verwenden. Damit wurde aber nicht erreicht, was uns die IGBE-Führung damals verkaufen wollte: daß dieser Beitrag der Kumpel ausreicht, um weitere Maßnahmen zu verhindern.

Auch bei der Kurzarbeit ist das nicht anders. Am Donnerstag vor der Feierschicht wird gekohlt, was das Zeug hält. Nachts werden in allen Querschlägen volle Kohlezüge aufgestellt. Sonntag nachts fahren die Leute auf Schacht 11 an und beginnen mit der Förderung der Kohle, die eigentlich während der Feierschicht eingespart werden sollte. Die Reviere probieren aus, ob sie in vier Tagen ihre Förderung von einer Woche erbringen können. So kohlte revier 12 in 4 Tagen mehr als das Soll von 6 Tagen! So kommt es, daß am Freitag 800 Wagen Kohle (das sind 20 volle Züge) in den Querschlägen bereit stehen. Auch das Lehrrevier fördert trotz Feierschicht seine Kohlen.

Kollegen — so werden wir ver„kohlt"! Die Feierschichten bringen kaum Förderrückgang, das wird auch im nächsten Jahr nicht anders sein, und das Zechensterben wird noch beschleunigt!

Lohnabbau

Bei Blumenthal wird verstärkt der Lohn abgebaut. Der Angestelltenbetriebsrat Preuß gab dazu einige Zahlen bekannt:

„Er hatte aufgezeigt, daß trotz guter Förderung im Juni 193989 Tonnen, im Juli 188362 und im August 192525 Tonnen, der Durchschnittslohn bei gleichzeitiger Kurzarbeit um 89 Pfennig, gleich 0,68 v.H. zurückgegangen ist, im Juni 130,66 DM im Juli 130 DM und im August 129,77 DM. Das bedeutet bei Umrechnung, daß ein Verlust für unter Tage von 3,24 v.H. für über Tage von 1,06 v.H. und insgesamt 2,72 v.H. beträgt, was bedeutet, daß die Lohnerhöhung praktisch futsch ist."

Die Förderung wird auf Kosten der Gesundheit der Kollegen gesteigert. Bei der RAG beginnt jetzt der Wettlauf um die kostengünstigste Anlage. Kostenungünstige Anlagen werden als erste stillgelegt.

Die Anweisung des Vorstandes heißt: Mit weniger Lohn mehr Leistung aus dem Kumpel herauspressen!

Klar, da nutzen es einige Steiger aus, um alte Rechnungen mit mißliebigen Kumpeln zu begleichen. Die gesamte Lohnerhöhung auf Blumenthal war beeits Ende September in den Gedingeverfahren abgebaut worden. Und Saternus sorgt dafür, daß die Gedingeschere weiter scharf schneidet. Auf Blumenthal wird an allen Ecken versucht, dem Kumpel den Lohn zu kürzen:

- Prämien werden abgebaut.
- Leute mit niedriger Lohngruppe müssen Arbeiten in höheren Lohngruppen ausführen, ohne daß sie entsprechend bezahlt werden. 5 Monate — dann bekommen sie ihre alte Arbeit. Und das nur, damit die Fahrsteiger sie nicht aufstocken müssen.

Auf anderen Schachtanlagen der RAG werden bereits die Lohngruppen abgebaut. (...)



Zieht in die Bergarbeitersiedlungen die Not ein?

Verschärfte Arbeitsplatzvernichtung in der Druckindustrie

Entlassungswellen rollen auch in anderen als den bekannten „Krisen"branchen. Die Ankündigung großer Rationalisierungsmaßnahmen bei Girardet hat in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auch darauf gelenkt, daß die kapitalistische Krisenpolitik eben nicht nur bei Werften, Stahl und Bergbau auf dem Rücken der Belegschaften ausgetragen wird, sondern auch in einer solchen Branche wie der Druckindustrie. In diesem Zusammenhang veröffentlichen wir hier Auszüge aus einem Informationsblatt des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier über die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Hamburger Druckereiindustrie in den letzten anderthalb Jahren, die das Ausmaß dieser Vorgehensweise deutlich machen.

Es gab so gut wie keine Reaktion in Presse, Funk und Fernsehen, als vor einigen Tagen der Broschek-Betriebsrat in einer Presseerklärung diese Aussichten bekanntgab. Diese jüngste Zuspitzung der Arbeitssituation in der Druckindustrie ist offenbar für die Meinungsmacher so alltäglich, daß sie keine Meldung mehr wert ist.

Für uns Gewerkschafter ist dies jedoch der vorläufige Höhepunkt einer bedrohlichen Entwicklung, auf die zu reagieren uns niemand abnimmt. Die Entlassungsforderungen bei Broschek sind der Anlaß, daß wir uns enger zusammenschließen und Widerstand organisieren gegen die Bedrohung unserer Existenz. Denn für uns in der Druckindustrie Beschäftigte beginnt die Lage dramatisch zu werden.

Die herausragenden Fälle der letzten 1 1/2 Jahre: 130 Entlassungen bei Ladstetter, 160 bei Lehmann und Hildebrandt, ca. 75 bei Lühmanndruck in Harburg. Utesch hat Konkurs gemacht, 18 wurden sofort entlassen, die Zukunft der restlichen bleibt unsicher. Die Hanseatische Druckanstalt ist am Jahresende dicht und damit 110 weitere Arbeitsplätze kaputt. Dazu kommen Entlassungen in den vielen Kleinbetrieben, kommen nach Fluktuation nicht wieder besetzte und damit vernichtete Arbeitsplätze vor allem in Großbetrieben wie Bauer, Springer, G+J. Und von wegen, alles wird mal besser: Allein im Satzbereich von Springer-Hamburg werden bis 1986 150 Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Einige Zahlen des Hamburger Senats zeigen den Trend: Die Zahl der im Bereich Druckerei, Vervielfältigung, Papier- und Pappeverarbeitung Beschäftigten ist von **10369** (1976) auf **7656** (1982) gesunken, die Zahl der Betriebe von **179** (1976) auf **88** (1982). Der Pro-Kopf-Umsatz stieg dabei von **81021 DM** auf **113506 DM**.

In der BRD insgesamt ist die Entwicklung die gleiche. Der Bundesverband Druck jammerte auf einer Pressekonferenz im Juni, der Umsatz der Unternehmer sei 1982 um „nur" 1,3 Prozent auf 21,4 Milliarden DM gestiegen, das bedeute einen realen Rückgang um 2 Prozent. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitsplätze aber um das Doppelte, um 7000, das sind knapp 44. Die ersten Zahlen für 1983 drücken aus, daß schon im ersten halben Jahr 10000 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gesetzt wurden.

In allen Industrie-Branchen sieht es ähnlich aus. Was für die Druckindustrie Norddeutschlands die Tiefdruckerei Broschek ist, ist für die Metallindustrie die Werft HDW, wo zunächst 1354 Menschen vom Arbeitsplatz verjagt werden sollen, später dann alle.

Zur Erhaltung und Steigerung des Profits vernichten die Unternehmer Arbeitsplätze. Was in ihren Augen ein „Kostenfaktor" ist, ist für uns **die entscheidende Voraussetzung für unsere Existenz: ein Arbeitsplatz.** Machen wir uns nichts vor: Wenn heute ein Mensch in die Arbeitslosigkeit gestoßen wird, ist das kein kurzfristiger Übergang bis zum nächsten Job. Er trifft auf dem Arbeitsamt den allergrößten Teil der Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Jahren Konkurs oder Stillegung miterleben mußten. Und denen, die noch einen Arbeitsplatz haben, wird mit den Arbeitslosen gedroht: Wenn ihr aufmuckt, wechselt ihr euch aus!

Wir haben inzwischen begriffen, daß der ohnehin schon schwierige Widerstand gegen den Abbau und Existenzvernichtung in einem Betrieb kaum möglich ist, wenn dieser nicht sofort Verbindung zu möglichst vielen anderen Betrieben bekommt. Deswegen soll diese Information den Anfang bilden für eine bessere Verbindung der Kolleginnen und Kollegen innerhalb unserer Gewerkschaft. (...)

Kfz-Monteure in Niedersachsen:

Seit vier Wochen im Streik

Korrespondenz aus Braunschweig

Die „Branschweiger Zeitung" berichtet nur spärlich und widerwillig, aber inzwischen hat es sich herumgesprochen, daß man sein Auto zur Zeit möglichst nicht zur Reparatur oder Inspektion bringt. Seit dem 19. September nämlich werden die größten Kfz-Betriebe Niedersachsens bestreikt — ca. 40 sind es inzwischen, davon zehn in Braunschweig. Worum es in diesem von der IGM organisierten Streik eigentlich geht, wissen jedoch nur wenige. Die Kfz-Monteure fordern tarifvertraglich festgelegte differenzierte Lohngruppen, wie sie in anderen Bundesländern längst üblich sind. Bisher liegt der Stundenlohn für alle Monteure bei 11,97 DM/Std. Die von vielen Betrieben gezahlten übertariflichen Leistungen werden schon seit Jahren zunehmend auf die tariflichen Lohnerhöhungen angerechnet. Es gibt Kollegen, die seit drei Jahren keine Lohnerhöhung gesehen haben und die heute als Familienväter mit 2070,— DM brutto nach Hause kommen. Die IGM fordert u.a. Tariflöhne von 110 Prozent bis 125 Prozent des Ecklohns (je nach Qualifizierung), Eingruppierung durch Arbeitgeber und Betriebsrat, Lohnerhöhungen um 6,5 Prozent.

Erst unter dem Druck des Streiks erklärten sich die Unternehmer überhaupt zu Verhandlungen bereit.

Die Streikfront steht, doch ist sie nicht so geschlossen, daß sie die völlige Einstellung des Reparaturbetriebs erreichen könnte. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und der Druck der Unternehmer (in einem Braunschweiger Betrieb vier Entlassungen, ein anderer schrieb Drohbriefe an die Ehefrauen der Streikenden) halten so manchen von der Beteiligung am Streik ab. "Der Druck ist noch nicht groß genug", meinten die streikenden Kollegen, „sonst würde der Streik nicht so lange dauern. Und die Unternehmer hätten es nicht gewagt, einen Kompromißvorschlag, dem sie erst zugestimmt hatten, einstimmig vom Tisch zu wischen". So ist eine Einigung noch nicht in Sicht, der Streik geht weiter, jetzt schon in die vierte Woche, und die Kollegen sind weiterhin auf Unterstützung und Solidarität aus den Reihen der IGM und der Bevölkerung angewiesen.

Aus einer Analyse der OG Bremen der KPD:

Einige Erfahrungen aus der Besetzung der AG Weser

Die Genossen unserer Partei in Bremen sehen sich, wie anderswo auch, in diesen Tagen vor die Aufgabe gestellt, Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Werftbesetzung zu ziehen. Mögen sie wahrscheinlich auch für das weitere Schicksal der Weserbelegschaft nicht mehr so entscheidend sein, nachdem der Aufsichtsrat die Stillegung beschlossen hat, so ist es doch um so wichtiger für den weiteren Gang der Arbeiterbewegung. Diese erste Analyse aus Bremen ist natürlich, ebenso, wie wir das zu den Ausführungen der Hamburger Genossen gesagt haben, noch nicht als ein Ende der Betrachtungen anzusehen. Aber, anders als in dem ersten Parteiflugblatt aus Bremen, das wir ebenfalls wiedergegeben haben, werden hier auch die Vorgeschichte und die Haltung der Gewerkschaftsorganisation betrachtet. Denn sicher ist es eine verkürzte Sichtweise, nur zu betonen, daß die Belegschaften eben einfach mehr Entschlossenheit oder Konsequenz zeigen müssen — ohne organisatorischen und politischen Hintergrund nützt ihnen das nicht viel.

„Die Besetzung hier auf der AG Weser war für die Belegschaft ein großer Schritt nach vorne. Die Kollegen haben sich für ihre Interessen eingesetzt, dafür gekämpft, mehr als eine Woche lang eine gemeinsame Aktion durchgeführt. Und sie haben die Erfahrung gemacht, daß es eben so ist, daß sie den Kampf für ihre Forderungen selbst in die Hand nehmen müssen. Während dieses Kampfes haben sie eine breite Solidarität erfahren können durch die Bevölkerung im Stadtteil, von anderen Betrieben, von vielen politischen Organisationen, sowohl materiell, als auch in der Form von kulturellen Darbietungen und Solidaritätsschreiben. Das sind Erfahrungen, die bleiben, auch wenn das Ziel des Kampfes nicht erreicht wurde."

So leiten die Bremer Genossen ihre Analyse ein, und es ist in der Tat wichtig, die Bedeutung des Kampfes, dieser Besetzung **an sich** hervorzuheben. Es geht dabei gar nicht darum „Hauptsache Kampf" zu schreien, sondern um die Entwicklung des Kämpferischen, des Klassenbewußtseins der Arbeiter, das durch einen solchen Kampf natürlich vorangeht. Es ist oft genug gesagt worden, daß damit Signale gesetzt wurden, was ohne Zweifel stimmt, auch wenn man nicht dem naiven Glauben anhängt, daß nun überall Betriebsbesetzungen „aus dem Boden sprießen".

Wichtig ist es aber auch, und das tun die Bremer Genossen als nächsten Schritt, die Vorgeschichte dieses Kampfes zu kennen, um seinen Verlauf genauer einschätzen zu können.

„Um aber richtig verstehen zu können, wie dieser Kampf ablief, muß man in der Geschichte der AG Weser etwas weiter zurückgehen.

In den Jahren 1975 und 1976 gab es den ersten größeren und gezielten Personalabbau. Dabei fiel als erstes die Entwicklungs- und Forschungsabteilung der Rationalisierung zum Opfer.

Aber bereits vorher wurden eine ganze Reihe kämpferischer Kollegen, oppositioneller Kräfte, darunter eine ganze Anzahl von Genossen unserer Partei hinausgeworfen — man kann durchaus sagen, daß der Betrieb systematisch von mißliebigen und kämpferischen Kollegen gereinigt wurde, bevor die Entlassungen im großen Stil begannen. Ab 1975 gab es dann eine ganze Reihe von Entlassungswellen, die die Gesamtbelegschaft von 6000 auf knapp über 2000 Menschen schrumpfen ließen.

Diese ganzen Entlassungen gingen — im wesentlichen — kampflos, ohne Widerstand über die Bühne. Der Betriebsrat, ganz auf dem Kurs der Sozialpartnerschaft, unterschrieb diesen Entlassungen jeweils zu, um „die Werft", die restlichen verbleibenden Arbeitsplätze, zu retten. Seine Tätigkeit beschränkte sich darauf, Verhandlungen um die diversen Sozialpläne zu führen.

Einen anderen Stellenwert bekamen diese Maßnahmen der Arbeitsplatzvernichtung erst, als laut — und öffentlich — über eine Fusion der beiden Bremer Großwerften nachgedacht wurde. Eine solche Fusion von AG Weser und Vulkan mußte notwendigerweise die Konsequenz von Massenentlassungen auf beiden Werften haben und, je nach dem Konkreten der verschiedenen Konzepte, die Einstellung des Schiffsneubaus auf einer der beiden Werften.

Es kam so zu einem näheren Zusammenrücken zunächst der beiden Betriebsräte. Es gab gemeinsame Aufrufe der beiden Betriebsräte, die gemeinsame Gründung der Bürgerinitiative, gemeinsame Demonstration der Belegschaften in Bonn usw.

Aber das Hinwirken vor allem rechter SPD-Kreise in beiden Betrieben darauf, die beiden Belegschaften gegeneinander aufzubringen, bzw. vorhandene Mißhelligkeiten zu stärken und zu festigen, das schon in der Vergangenheit zu registrieren gewesen war, blieb auch jetzt noch wirksam und spielte eine negative Rolle bei der Entwicklung des Kampfes.

Dann platzte eben, sieben Wochen vor der Wahl die Bombe: AG Weser wird geschlossen! Die Begründung, ganz dem Diktat des Kapitals entsprechend, war, daß dies nötig sei, damit überhaupt noch eine Fusion zustandekommen könne.

Die Belegschaft reagierte auf diese massive Bedrohung spontan. Und richtig. Mit einer Demonstration zum Rathaus — die vom Betriebsrat nicht gewollt war, der auch mehrfach versuchte, sie umzulenken — wobei schon die ersten Stimmen, und zwar aus der Belegschaft, laut wurden, die die Besetzung der Werft forderten.

Die Daten der weiteren Abläufe sind bekannt: Am 19. September beschließt die Belegschaft einstimmig die Besetzung der Werft, am 26. September wird sie — mit 11 Gegenstimmen — „unterbrochen". Am 15. Oktober dann stimmt der Aufsichtsrat (gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter) der Schließung der AG Weser zum 31. Dezember zu."

Soweit Teile aus der Analyse der Bremer Genossen zur Vorgeschichte und zum äußerlichen Ablauf der Aktion. Dabei erscheint es insbesondere wichtig, festzuhalten, daß die Säuberung des Betriebes von Genossen unserer Partei wie auch anderer oppositioneller Kräfte eine Tatsache ist, die nicht nur beim ganzen Ablauf der vorherigen Entlassungen wichtig war, sondern auch dazu führte, daß eben bei der schließlichen Besetzungsaktion ein fester kämpferischer Kern, der über einige Erfahrungen verfügt, nicht vorhanden war, bzw. zahlenmäßig einfach so gering war, daß er nicht ins Gewicht fiel und dies auch nicht konnte. Die existierende DKP-Betriebsgruppe jedenfalls hat in der gesamten Zeit offensichtlich nichts getan, um der Politik des Betriebsrates irgendwie irgendetwas entgegenzusetzen, hat ihrerseits nichts dazu beigetragen, daß ein solcher Kern auf der Werft entstand bzw. Bestand hatte. Das war auch ein zumindest mitentscheidender Grund dafür, daß die Stoßrichtung der Aktion, um es neutral zu sagen, unklar war. Die Bremer Genossen schreiben dazu in ihrer Analyse:

„Wie war die Stoßrichtung dieser Besetzung?

Mit der Besetzung wollte der Betriebsrat die Schließung der AG Weser verhindern mit dem Mittel des politischen Drucks auf die Parteien, besonders auf die SPD vor der Bremer Bürgerschaftswahl.

Damit wurde in richtiger Weise unterstrichen, daß der Kampf um den Erhalt des Produktionsstandortes ein politischer Kampf ist, bei dem man durchaus so günstige Situationen wie Wahlkampf ausnutzen kann. Aber ein politischer Kampf der Belegschaft, der sich gegen den Senat richtet — das darf eben nicht bedeuten, daß man dabei auf die Interessen der Unternehmer Rücksicht nimmt. Aber genau das ist passiert, genau das wurde gemacht: Um nicht die Kruppsche Zahlungsfähigkeit zu gefährden, wurde während der Besetzung weiter an den Reparaturschiffen gearbeitet. Dieser Punkt macht zunächst einmal sehr klar, daß die sozialpartnerschaftlichen Gesichtspunkte auch bei dieser Aktion nach wie vor eine große Rolle spielten.

Das wird auch deutlich an der Zielrichtung des Kampfes. Erhalt des Standortes AG Weser Gröpelingen, so war die Forderung formuliert. Damit ist die Forderung nach Subventionen für Krupp und die Werft ebenso angelegt, wie die Hinnahme weiterer Entlassungen. Es fehlte demgegenüber die klare Ausrichtung auf den Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Es fehlten dadurch auch klare Forderungen an die Politiker: Die Verstaatlichung der Werften, die Möglichkeit dadurch staatliche Aufträge für die Schaffung alternativer Produktion zu erhalten.

So war es für den Senat leicht, sich aus der Verantwortung zu ziehen, sich darauf zurückzuziehen, daß er auf die Entscheidungen des Unternehmers hilflos gegenüberstehe."

Soweit also die Bremer Genossen zu Stoßrichtung und Zielsetzung dieser Kampfaktion. Wobei es sicher richtig ist, daß die Forderung „Erhalt der AG Weser" zumindest verschieden interpretiert, ausgelegt werden kann. Aber wenn die genannten konkreten Forderungen fehlen, dann ist es in der Tat eine Forderung, die dem Kapitalisten sehr entgegenkommt. Es zeigt sich dabei natürlich auch einmal mehr, daß die ebenso platte wie mit den Gegebenheiten nicht übereinstimmende Kritik an der Verstaatlichungsforderung, sie sei ja eh nur im Interesse der Kapitalisten, in Wirklichkeit, in dieser politischen und wirtschaftlichen Lage, wie sie bei uns besteht, einfach falsch ist und sich gegen den Kampf der Belegschaften richtet.

Zum inneren Ablauf unterstreichen die Bremer Genossen:

„Der Betriebsrat als Organisator und tragende Kraft hat nichts getan, daß dieses durchbrochen wurde. Ob aus Unfähigkeit, Unerfahrenheit oder bewußt, muß vorerst offen bleiben.

Tatsache ist, daß der Betriebsrat eine Diskussion über die Arbeit an den Reparaturschiffen verhindert hat. Tatsache ist, daß die politische Diskussion über Kampfziele und -formen weit in den Hintergrund trat hinter technischen Organisationsfragen, daß die Belegschaft „abgeschottet" wurde gegenüber Delegationen aus anderen Betrieben.

Der Betriebsrat hat weiterhin, wie in alten Tagen der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen, gedacht, entschieden und sein Konzept des Kampfes dann jeweils der Belegschaft vorgelegt — und damit die Kraft zum eigenständigen Handeln, die ansatzweise vorhanden war, im Keim erstickt.

Daß das so möglich war, liegt mit Sicherheit eben daran, daß es auf der AG Weser durch die früheren Säuberungen keinen oppositionellen Kern gibt.

Hans Ziegenfuß, der vorher den sozialpartnerschaftlichen Kurs wesentlich mitgetragen hat, hat jetzt durchaus Signale gesetzt. Durch den öffentlichen Austritt aus der SPD, durch sein Auftreten in München, während des IGM-Gewerkschaftstages. Das sind Tatsachen, deren weitere Auswirkung für die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung in Bremen und darüberhinaus heute noch nicht klar eingeschätzt werden kann."

Ohne Zweifel ist diese Passage in den Ausführungen der Bremer Genossen von besonderer Bedeutung. Denn natürlich ist es so, daß die Art und Weise, wie der Kampf organisiert wird, wie welche politischen und organisatorischen Kräfte der Belegschaft wirken können, eine ganz entscheidende Frage dafür, wie sich der ganze Kampf entwickelt. Und tatsächlich war hier ein ganz deutlicher Unterschied, auch für einen Außenstehenden wie einen „Roter-Morgen"-Redakteur sichtbar, im Vergleich zu selben Aktion bei HDW.

Das ist das eine. Das andere aber ist die Frage der Entwicklung, die sich bei den beteiligten sozialdemokratischen Betriebsräten selbst abspielt. Wenn heute ein Mann wie Hans Ziegenfuß, der ja als Betriebsratsvorsitzender der AG Weser bei der ganzen vorherigen Entwicklung eine mitentscheidende Rolle gespielt hat, dem Konzept der Sozialpartnerschaft abschwört, so ist das ein wichtiger Vorgang. Zum einen deshalb, weil es ja kein Einzelfall ist, auch wenn es ansonsten keine solch spektakulären Parteiaustritte gab. Aber die Erfahrungen verschiedener Betriebsparteizellen der KPD zeigen, daß es in solchen Situationen, wo faktisch die Kapitalisten die Sozialpartnerschaft aufkündigen, verschiedenste Kräfte innerhalb der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre gibt (einschließlich solcher, die nicht nur als „Rechte" bekannt waren, sondern auch solche waren), die sich radikalisieren. Die dabei auch in Gegensatz zur Gewerkschaftsführung geraten. Und erst recht zu ihrer eigenen Partei, auch wenn sie sie nicht verlassen. Eine Entwicklung, die eine große Bedeutung auch dann behält, wenn diese Leute ihren jahrelangen Antikommunismus dabei durchaus weiter aufrechterhalten, bzw. nur ganz langsam und allmählich davon abrücken.

Nachdem die Bremer Genossen so die Rolle des Betriebsrats nachgezeichnet haben, werfen sie abschließend die Frage nach der Haltung und der Rolle, die die IG Metall als Organisation bei dieser Aktion gespielt hat, auf.

„Warum ist die Besetzung gescheitert?

Die Ursachen für das Scheitern dieses Kampfes waren jedoch nicht in erster Linie die Mängel, die wir bis hierher aufgezeichnet haben. Sondern sie liegen ganz entscheidend in der Rolle der IG Metall.

In einer Lage, da in einem langangelegten Plan eine ganze Industriebranche im Sinne der Kapitalisten „bereinigt" werden soll, kann eine Belegschaft alleine, auch wenn sie noch so entschlossen kämpft, diesen Kampf gar nicht alleine gewinnen.

Es liegt zum einen in der Verantwortung der IG Metall, verstärkt in die Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung einzusteigen und sie über den einzelnen Betrieb hinauszuführen, zusammenzubringen und zu verbreitern."

Ohne Zweifel ist dieser Gesichtspunkt ein ganz entscheidender. Es ist auf zweierlei Weise wichtig, für eine solche Entwicklung der Gewerkschaftspolitik zu kämpfen. Zum einen, und da gab es ja gerade konkrete Vorschläge (beispielsweise — ohne inhaltlich darauf einzugehen — dies über Tarifverträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu machen) muß die IGM aus ihrer gewohnten „Reserve" herauskommen, bei Betriebsbesetzungen — bestenfalls — wohlwollend im Hintergrund zu arbeiten (es gibt da ja auch noch ganz andere Haltungen). Gerichte und Gesetze hin und her, es muß dann eben darum gehen, hier den Spielraum der Gewerkschaft nicht einengen zu lassen, sondern auszuweiten. Die „bestehende Rechtslage" als Argument gegen eine offizielle Führung solcher Kämpfe hat sich so jedenfalls als Argument zunehmend ad absurdum geführt.

Zum zweiten geht es dabei auch um die Haltung der Führung der Gewerkschaft, die bisher — faktisch — noch immer gegen solche Maßnahmen angetreten ist. Sei es durch offen demonstrierte Untätigkeit oder gar durch ein Gegenwirken hinter den Kulissen. Da hilft eben das Argument, der eine oder andere Gewerkschaftssekretär habe sich doch engagiert, nicht weiter. Es geht dabei ausgesprochen nicht um einzelne Personen oder Gewerkschaftsorganisationen, sondern um die Gewerkschaft als Ganzes.

Und es gibt dabei noch einen weiteren wichtigen Gesichtspunkt. Das ist natürlich die politische Rolle, in der Öffentlichkeit, die die IG Metall spielt. Wenn man bei HDW in Hamburg beispielsweise überlegen muß, welch eine Auswirkung auf die letzte Abstimmung es wohl gehabt hätte, wenn an jenem Dienstag (als Beispiel) bekannt gewesen wäre, die IG Metall (oder der DGB) rufe an, sagen wir: Freitag zu einer Großdemonstration zur Solidarität mit der Belegschaft auf, so muß man sich in Bremen fragen, was wohl eine öffentliche und massive Unterstützung der IG Metall für den „Wahlprüfstein" der Belegschaft (Keine Parteien zu wählen, die für die Werftschließung sind) bewirkt hätte. Natürlich kann man dabei nicht so herangehen und sagen, das wäre das eine entscheidende Mittel für einen erfolgreichen Kampf gewesen.

Aber man kann anhand solcher Überlegungen doch deutlich machen, was es heißt, wenn zu Recht die Forderung nach einer politischen Kampfführung aufgestellt wird, die allerdings dringend not tut. Solche Fragen stellen sich erst recht im Zusammenhang mit den verschiedenen Drohungen der Kapitalisten gegen die betreffenden Belegschaften, bis hin zum Polizeieinsatz. Da ist die Belegschaft eines Betriebes eben auf eine noch ganz andere, viel breitere, politische Solidarität angewiesen. So weit, bis hierher die Analyse der Bremer Genossen und einige erste Kommentare dazu. Wir werden die Schlußfolgerungen aus dem Kampf auf den Werften im nächsten „Roten Morgen" fortsetzen.

Giftgas

Der Einsatz von Giftgas im Kriege ist seit Mitte der zwanziger Jahre durch ein internationales Abkommen geächtet. Diesem Abkommen hat sich auch das Deutsche Reich vorbehaltlos angeschlossen. Damit hat es sich verpflichtet, unter keinen Umständen selber Giftgas einzusetzen, auch dann nicht, wenn eine gegnerische Seite das tun sollte. Die Bundesrepublik ist Rechtsnachfolger dieses Deutschen Reiches. Sie hat auch noch nie erklärt, daß sie von dieser Verpflichtung zurücktritt. Sie will es offensichtlich aber dennoch tun.

Im neuen Bundeswehr-Weißbuch ist erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik von Giftgas-Einsatz durch die Bundeswehr die Rede. Und zwar zur sogenannten Vergeltung — wenn der Gegner chemische Kampfstoffe einsetzt, tut die Bundeswehr das auch. Und nicht nur in unmittelbarer „Verteidigung", auch als „Repression" sollen diese Kampfstoffe „in begrenztem Rahmen" zum Einsatz kommen können.

Daß ausgerechnet jetzt der Giftgas-Einsatz legalisiert werden soll und die Bundesrepublik sich damit über geltendes Völkerrecht hinwegsetzt, kann nicht anders verstanden werden denn als verstärkte Kriegsvorbereitung im Detail. Verbunden mit einer Propaganda, die die Menschen in unserem Land schon einmal an diesen schrecklichen Gedanken gewöhnen soll.

Natürlich heißt es dabei, die Bedrohung käme vom Osten und „wir" müßten uns nur wehren. Da scheint es gar keine Rolle zu spielen, daß das vom Deutschen Reich unterzeichnete Abkommen aus gutem Grund einen totalen einseitigen Verzicht auf die unerhört grausamen chemischen Kampfmittel festschrieb. Auch dies ist ein Beleg für die wahre Qualität der „moralischen Wende", die in Bonn vollzogen wird.

Sicher stimmt es, daß die Warschauer-Pakt-Truppen mit Giftgas, mit chemischen Kampfstoffen üben. Wenn es um den Westen, um unsere „Schutzmacht" USA geht, wird allerdings einfach unverschämt gelogen. Da heißt es nämlich, die USA hätten schon seit Jahren auf die Produktion chemischer Waffen verzichtet, sie hätte damit ein positives Zeichen gesetzt, das vom Osten leider nicht gewürdigt werde. Dabei wird in den USA seit langem wieder für den chemischen Krieg produziert, und Ronald Reagan selbst hat sich öffentlich über die angebliche Notwendigkeit der Aufrüstung auch auf diesem Gebiet ausgelassen.

Die Bundesrepublik ist heute schon ein Giftgaslager der NATO.

Nehmen wir die Zeichen ernst. Bonn und Washington wollen Krieg. Nicht weniger, sondern in der aktuellen Situation sogar mehr als die UdSSR. Ihre Politik treibt zum Kriege und reißt unser Volk in die Katastrophe. Wenn wir uns nicht wehren und ihnen die Waffen, ob A, B, C oder „konventionell", aus der Hand schlagen.

Gelungene Friedensaktionen in Bremerhaven und Nordenham

Mehr als 30000 Menschen beteiligten sich am vergangenen Wochenende an der Friedensdemonstration und den Blockadeaktionen in Nordenham und Bremerhaven. KPD und KJD waren dabei.

Das Besondere an den Friedensaktionen in dieser Region war zum einen die Tatsache, daß Bremerhaven als NATO-Umschlagplatz für Waffen und Kriegsmaterial in alle Welt (aktuell zum Beispiel Libanon), als der Hafen, über den auch die Pershings angeliefert werden sollen, ein besonders interessanter Ort für eine Friedensdemonstration ist. Man ist hier direkt mit der NATO, mit dem Rüstungsexport konfrontiert. Zum anderen die Form der Aktion: Drei Tage lang sollte die Carl-Schurz-Kaserne der Amis sowie Teile des Hafengebietes blokkiert werden. Und in der politischen Vorbereitung hat es sich immer nicht nur um die Raketen, sondern um die ganze NATO-Politik gedreht.

So war die KPD und die KJD — die Jugend hatte bundesweit zur Beteiligung an diesen Aktionen aufgerufen — auch von vornherein davon ausgegangen, daß sich hier der Erfolg dieser Tage zeigen wird: Nicht in der Frage, wieviel Militärfahrzeuge man nicht durchgelassen hat, sondern in dem Umstand, daß hier zehntausendfach die NATO in Frage gestellt wird.

Nicht die gesamten Aktionen hatten natürlich dieses hohe Niveau, sie hoben sich aber doch nach dem Eindruck der beteiligten Genossen, mit denen wir sprachen, deutlich ab von verschiedenen anderen Friedensdemonstrationen der letzten Zeit. In den Demonstrationszügen spielten Transparente gegen die NATO eine große Rolle. Auch mit der Propaganda für die Losungen „BRD raus aus der NATO — Neutralität!" kamen die Genossen gut an, verbreiteten viel Aufklärungsmaterial unserer Partei und der KJD.

Vor Beginn der Aktionen hieß es: Alles ist verboten. Die offizielle Begründung: Gewalttätigkeiten sollen verhindert werden. Nun waren die einzelnen Aktionen gar nicht angemeldet. Aber ausdrücklich verboten wurde jede Blockade der Schurz-Kaserne, eine weiträumige Absperrung der Kaserne und des Hafengeländes durch Polizei wurde angekündigt, jede Demonstration durch Hafengelände für rechtswidrig erklärt. Bei der Blockade und während eines Demonstrationszuges vom Roten Sand zum Kasernentor kam es dann zu Gewalttätigkeiten — von der Polizei aus. Unter anderem wurden dabei die neuen Wasserwerfer mit dem bezeichnenden Beinamen „Knochenbrecher" eingesetzt. Es gab Verletzte und Festnahmen.

Die Solidarität der Bremerhavener Bevölkerung war für viele ein Erlebnis. Gerade nach dem Polizeieinsatz am ersten Abend stießen viele Menschen aus der Stadt zu den Demonstranten, sorgten für ihre Verpflegung und machten mit.

An der Demonstration beteiligten sich auch viele Hafen- und Werftarbeiter. Jürgen Söncksen, der gefeuerte Betriebsratsvorsitzende von Hapag-Lloyd, betonte die Zusammengehörigkeit von Arbeiter- und Friedensbewegung. Die Besatzung der „Alemania Express", die vor Wochen mit einer Friedensaktion für Schlagzeilen gesorgt hatte und sich zur Zeit auf See befindet — sie soll amerikanische Raketen transportieren, weigert sich aber — schickte den Blockierern ein Solidaritätstelegramm. In Nordenham erklärte der Betriebsratsvorsitzende des Midgard-Hafens die Solidarität der Belegschaft mit den Blockierern und betonte, die Arbeiter würden sich weigern, Atomraketen umzuschlagen. Ältere Bremerhavener Bürger und Arbeiter informierten die jüngeren Demonstranten über den Kampf gegen Truppenstationierung und Waffenumschlag, der hier Tradition hat, und wünschten, daß er diesmal vom Erfolg gekrönt sein möge.

Bei den Aktionen hat mancher der Anhänger einer absolut gewaltfreien Bewegung gesehen, daß ein Polizeieinsatz nicht durch Friedfertigkeit zu verhindern ist, wenn die Polizei ihn will. Andererseits ließen sich viele sogenannte Autonome davon überzeugen, daß ein blindwütiges Anrennen gegen die schwerbewaffnete Polizei nichts bringt, daß die Wut verständlich ist — wir teilen sie — daß sie allein aber nicht weiterhilft. Daß wir nicht heute vor der „Entscheidungsschlacht" stehen, daß man taktisch klug sein muß. Es kommt vor allem darauf an, die Massen im Kampf für ihre Interessen zu mobilisieren.



US-Manöver: „Massiver Verlust von Menschenleben"

Fundsachen

oben: H.-G. Rauchs „Zeitzeichen", „Die Zeit", 7.10.83

rechts: „Vorwärts", 13.10.83

„Worüber sich die Westdeutschen klar werden müssen, das ist, daß ihr Kulturkreis völlig verwüstet werden wird, wenn sie sich weiterhin an die NATO-Strategie halten."

Der frühere US-Verteidigungsminister Robert McNamara in einer britischen Fernsehsendung

78,7 Prozent für Volksbefragung über Raketenstationierung

Umfrage belegt auch Ablehnung der Mittelstrecken-Atomraketen und Vertrauensschwund in die „Schutzmacht USA"

Interessante Aufschlüsse über die Einstellung der Bevölkerung zur NATO-Rüstungspolitik liefert eine neue Umfrage des Instituts für Soziologie an der Freien Universität in Westberlin. Danach sind 67,1 Prozent ohne jede Einschränkung gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, 78,7 Prozent fordern eine Volksbefragung über die beabsichtigte Stationierung. Es wird für die Regierung immer schwieriger, Argumente für eine Ablehnung der Volksbefragung zu finden. Was leider noch lange nicht heißt, daß sie das Volk tatsächlich offiziell befragen will.

„Sind Sie für die Stationierung der neuen amerikanischen Raketen durch die NATO?" So lautete die Frage, zu der 67,1 Prozent aller Befragten „Nein" sagten. Ein vorbehaltloses „Ja" kam nur von ganzen 4,7 Prozent, der Rest befürwortete die Aufrüstung unter bestimmten Bedingungen, 3 Prozent hatten keine Meinung.

Das Vertrauen in die Regierung erscheint auf diesem Gebiet gering. Die wenigsten wollen die Entscheidung über die Raketenstationierung dem Parlament überlassen — fast 80 Prozent votierten für die Volksbefragung. Über einen entsprechenden Gesetzentwurf, der von den Grünen initiiert wurde und von einer interfraktionellen Parlamentariergruppe getragen werden soll, wird sich der Bundestag demnächst zu befassen haben. 64 Prozent aller Befragten haben eine schlechte Meinung von unserer angeblichen Schutzmacht USA — sie glauben nämlich, daß „die USA deshalb neue Atomraketen in Europa stationieren wollen, damit ein neuer Atomkrieg außerhalb der USA — also in Europa — stattfindet.

Nur ein Drittel der Befragten glaubt daran, daß die Supermächte in Genf mit „ernsthaften Absichten" verhandeln. 80 Prozent werfen der Bundesregierung vor, sie habe nicht alles getan, um die „Nachrüstung" überflüssig zu machen.

Insgesamt zeigt diese Umfrage wie bereits verschiedene Umfragen zuvor, daß die große Mehrheit der Bevölkerung zumindest gefragt werden will, ob bei uns neue atomare Mittelstreckenwaffen stationiert werden oder nicht, und daß ebenfalls die Mehrheit heute schon unzweideutig diese Stationierung ablehnt. Das sind immer neue Argumente für den Kampf um die Durchsetzung der Volksbefragung.



Freitag, 21.10.83

Anti-NATO-Demonstration

Köln-Nippes
Neusser Straße / Florastraße
Abmarsch: 17.30 Uhr

Anschließend Kundgebung und Fete
Veranstalter: KJD und KPD Rheinland

19.30 Uhr
Jugendzentrum Niehl
Niehler Str. 252

(Übernachtungsmöglichkeiten für eine gemeinsame Fahrt am nächsten Tag zur Bonner Volksversammlung für den Frieden stehen zur Verfügung!)

Unser Beitrag zu den Winnender Friedenstagen:

Diskussionsveranstaltung

„Wie kann der Friede erhalten werden?"

Es Spricht:
Ernst Aust, Vorsitzender der KPD
17. November 1983, 20 Uhr
Alte Oberschule,
Winnenden, Schloßstraße

Teil 2 und Schluß

„Ausländer-raus"-Politik mit Hilfe des Wohnungsbaus

„Wenn ein ‚Kippen' dieser Wohngegend verhindert werden soll..."

„Die derzeitige Situation im Bereich der nördlichen Innenstadt muß mit Besorgnis betrachtet werden, denn dieser Stadtbezirk kann eine weitere Überfremdung nicht mehr vertragen. Wenn ein ‚Kippen' dieser Wohngegend verhindert werden soll, muß schnellstens nach geeigneten Wegen gesucht werden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten."

Diese Sätze stammen aus einem Papier der Wohnungsbaugesellschaft der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund, mit dessen Vorstellung und Kommentierung wir im letzten „Roten Morgen" begonnen haben, um einmal zu zeigen, wie Unternehmer und Politiker vor Ort Ausländerpolitik betreiben — „Ausländer-raus"-Politik auch mit dem Mittel des Wohnungsbaus. Wir setzen den Beitrag hier fort.

Glaubt man den Wohnungsplanern, droht also der Dortmunder Norden zu kippen. Kippen — das ist ein in letzter Zeit bekannter gewordener Begriff aus dem Bereich des Umweltschutzes — ein Gewässer kann „kippen", wenn es verschmutzt und so stark mit schädlichen Pflanzen zuwächst, daß ihm zuviel Sauerstoff entzogen wird. Das gibt dann das schöne Bild mit den toten Fischen, die an der Oberfläche treiben, das gibt einen fürchterlichen Gestank usw.

Die Übertragung dieses Begriffes auf ein Wohngebiet, in dem sich seit einigen Jahren zu etwa 30 Prozent ausländische Bürger aufhalten, zeigt allen schon deutlich genug, wes Geistes Kind seine Benutzer sind.

Das besonders Schlimme ist: Hier sind keine Nazis am Werk. Das ist auch kein CDU-Plan. Da haben SPD-Betriebsräte und SPD-Politiker ihre Hände mit drin. Zum Beispiel die Herren Theo Schröder, Fritz Hombeck und Günter Hanke, allesamt Betriebsräte auf Hoesch-Westfalenhütte; Theo Schröder ist darüberhinaus Mitglied der SPD-Ausländerkommission für den Bereich Innenstadt-Nord. Zu den im Papier der Wohnungsbaugesellschaft verwendeten Formulierungen nahmen sie in einem Rundfunkgespräch Stellung — und zwar so: Zum Begriff „Überfremdung": „... kann man so stehenlassen." (Schröder) Zum Begriff „belastete Bereiche: „Selbstverständlich!" (Schröder) Und: „Das ist hier bei uns ein Türkenproblem. Ich würde mir wünschen, daß die Verdünnung in diesem Bereich wirklich Fortschritte machen würde." (Einer der beiden anderen.)

Ein Beleg dafür, wie weit die Ausländerfeindlichkeit geht, wie in diesem Bereich selbst aus der Opposition einem Herrn Zimmermann zugearbeitet wird, wie auch Arbeitervertreter dazu beitragen, unter Kollegen Vorurteile zu schüren und sie damit unwissend zu halten und ihre Kampfkraft gegen den Bonner Rechtskurs und die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage aller Arbeiter zu schwächen.

54 ausländische Familien also sollen aus dem Bereich Dürener Straße, Hammer Straße, Robertstraße und Dreherstraße vertrieben werden. 24 türkische Familien sollen, alle in der Dürener Straße zusammengefaßt, dableiben. (Jedenfalls so lange, wie Hoesch noch „eine bestimmte Anzahl" von Türken „zur Ausführung bestimmter Arbeiten ... benötigt", wie es in dem Papier so schön heißt!)

Wenn jetzt jemand den Begriff „Verdrängung" in die Diskussion würfe — könnte es einen ernsthaften Streit darüber geben, wer hier „verdrängt" wird?

Nun, der Begriff taucht tatsächlich auf in dem Papier und den offiziellen Auslassungen seiner Verfasser — aber angeblich verdrängen die Türken die Deutschen!

So behauptete Bernd Schacht, Sprecher der Hoesch-Wohnungsgesellschaft, es gebe „insbesondere bei türkischen Familien einen sogenannten Verdrängungseffekt. Das heißt: Sobald eine türkische Familie eingezogen war, fühlten sich die deutschen Familien nicht mehr wohl, zogen aus, und nach und nach wurde das Haus dann quasi von Türken besetzt. Das kann natürlich nicht als Integration verstanden werden, sondern das ist schlicht und einfach Verdrängung und führt bis zu einem gewissen Grade zu einer Verstärkung des Ausländerhasses."

Wenn Theo Schröder bei seiner Darstellung des „Problems" auch eine andere Version vom „Deutschen-Wegzug" gibt — daß nämlich viele an den Stadtrand zogen, weil dort eine Zeitlang moderne Wohnungen „zu einem relativ vernünftigen Mietzins" angeboten wurden, was heute nicht mehr der Fall sei — ‚so tritt er doch der Hetze des Herrn Schacht nicht entgegen. Er begründet seine eigene Zustimmung zu dem Hoesch-Modell nur unter anderem damit, daß er nun, bei fehlender Attraktivität des Stadtrandes, in die zu modernisierenden Wohnungen der nördlichen Innenstadt wieder deutsche Familien haben will ...

Hier wird also ganz bewußt an bestimmte sicher vorhandene Vorbehalte von Deutschen angeknüpft, statt etwas für eine Verständigung der betroffenen Gruppen zu tun. Mit Türken unter einem Dach kann man sich eben nicht wohlfühlen, lautet das Fazit des Hoesch-Vertreters. Die Türken werden bei ihm gar zu „Hausbesetzern", ein zur Zeit populärer Begriff, den der „anständige Deutsche" mit „Rechtsbrecher" gleichsetzt. Wenn ein Türke in einem Haus mit Deutschen leben möchte, ist er selbst schuld, wenn er **Haß** auf sich zieht. („Ausländer raus, bevor der **Volkszorn** erwacht", hetzen die Nazis ...). Und mit dieser unverschämten Darstellung wird dann die Isolierung der Türken in einer „Türkenstraße" auch noch als ein Bemühen um Integration verkauft. Hier sind gerissene Betrüger und Volksverhetzer am Werk.



In diesem Zusammenhang ist nun nicht nur die beabsichtigte Ausländerverdrängung interessant, sondern auch, wie mit den Verbleibenden umgesprungen werden soll.

Wenden wir uns zunächst den vorgesehenen Modernisierungsmaßnahmen in den genannten Straßen zu. Dazu heißt es in dem Papier der Wohnungsbaugesellschaft: „Dabei sollen die Häuser der Hammer Straße und der Dreher- (und Robert-) straße als Schichtarbeiterwohnungen für deutsche Familien hergerichtet werden, während die Häuser der Dürener Straße 64 - 72 für die bereits dort wohnenden türkischen Familien vorgesehen sind." Also: Schichtarbeiterwohnungen (mit speziellen Lärmschutzmaßnahmen) nur für Deutsche. Als ob die türkischen Kollegen nicht auch in Schicht arbeiten würden.

Dafür sollen die Wohnungen in der Dürener Straße andere Sondereinrichtungen verpaßt bekommen: Nämlich einen Dauervrasenabzug, eine Zwangsentlüftung in der Küche. „... wegen dauernd anfallender Kochdünste", so wird diese Maßnahme offiziell begründet! Haben wir's nicht schon immer gewußt: Türken stinken. Endlich werden sie nicht mehr lange gefragt — jetzt wird zwangsentlüftet!

Außerdem haben ihre Wohnungen keine Badewannen mehr. Sondern Schöpfbecken. Weil nämlich Türken aus religiösen Gründen gar nicht baden dürfen, sie dürfen sich nicht in stehenden Gewässern aufhalten. Ja! Das kann ein Vertreter der türkischen Botschaft bestätigen, der Hoesch bei seinen integrationsfreundlichen Wohnungsbauplänen beraten hat! Im übrigen unterstreicht man seine Integrationsbemühungen noch mit dem Umstand, daß man die Wohnungen nicht mit türkischen Stehklosetts, sondern deutschen Sitzbecken ausstattet, damit sich die Türken in dieser Hinsicht schon mal an deutsche Wohnverhältnisse gewöhnen können. Sagt allen Ernstes Bernd Schacht.

Welch eine Verhöhnung. Gesteigert noch durch die Tatsache, daß die türkischen Kollegen von Hoesch schon jahrelang, oft weit über zehn Jahre — und bekanntlich war 1973 bereits Anwerbestopp für „Gast"-Arbeiter — im Lande sind und wohlvertraut mit den Verhältnissen. Hier wird keine Integration, hier wird Diskriminierung betrieben.

Wer die Türken überhaupt nicht gerne sieht, den versucht die Wohnungsgesellschaft übrigens noch mit folgendem Hinweis zu trösten: „Die vorgesehenen Ausländerwohnungen unterscheiden sich von den normalen Wohnungen im wesentlichen nur durch das Bad. Es ist daher zu gegebener Zeit möglich, mit geringen Veränderungen eine Umstellung auf deutsche Wohnverhältnisse kostengünstig durchzuführen.

Die vorgesehene Ausbildung dieser Wohnungen stellt also keine dauerhafte Festschreibung der Belegungsstruktur dar."

Also: Wenn man die Türken überhaupt nicht mehr benötigt, steht auch dieser Wohnraum endlich wieder Deutschen zur Verfügung. Dieser Gedanke drängt sich doch auf. Und ist wohl auch beabsichtigt.

Aber natürlich ist keiner der Herren von Hoesch oder anderen Gesellschaften, die ähnlich verfahren, auch nur im mindesten dafür verantwortlich, wenn Neonazis die Parole ausgeben „Türkentod löst Wohnungsnot". — Oder?

— Dies war **ein** Beispiel aus **einer** Stadt. Es zeigt, wie notwendig es ist, den ausländerfeindlichen Maßnahmen vor Ort entgegenzutreten, mit Aufklärung und Anstößen zu gemeinsamem Widerstand von Deutschen und Ausländern. Die Volksgemeinschaftsideologen sind in neuer Besetzung und in neuem Gewand wieder am Werk. Es liegt an uns, ob wir sie noch erkennen. Setzen sie sich durch, liegt die Arbeiterklasse unseres Landes am Boden, egal wo der einzelne geboren ist. Es liegt an uns, für Widerstand zu sorgen!

Dietrich Lohse

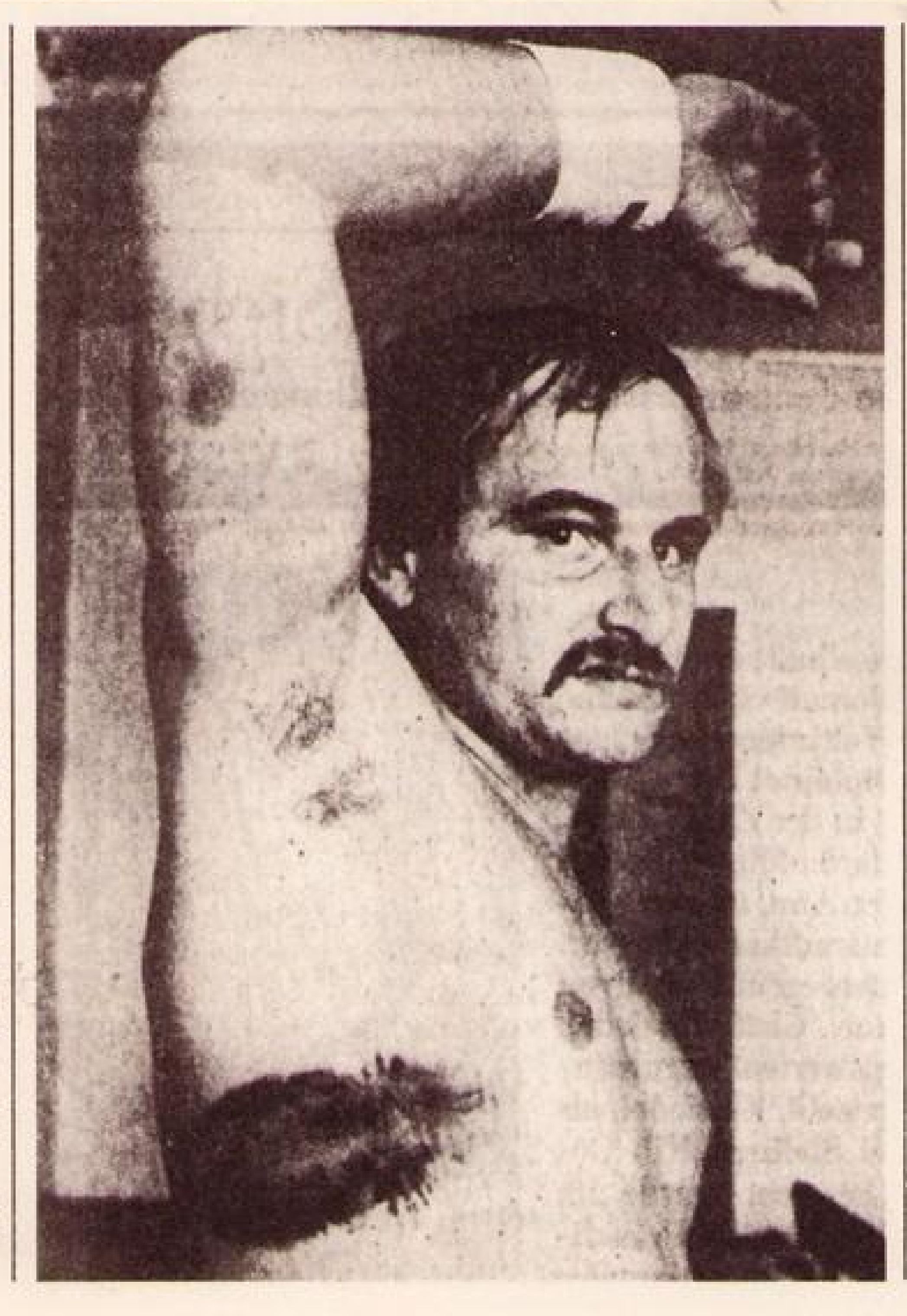
Volkszählungsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht

Seit Dienstag verhandelt das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe über das Volkszählungsgesetz '83. Nach massenhaftem Protest gegen die als Volksaushorchung großen Stils geplante Volkszählung im Frühjahr dieses Jahres war die Aktion vorerst außer Vollzug gesetzt worden, sehr zum Leidwesen von Innenminister Zimmermann und seiner Regierung. Jetzt will das BVG endgültig über das Schicksal des Gesetzes befinden — ob es abgelehnt wird, geändert werden muß, oder eventuell doch in der ursprünglich vorgesehenen Form für rechtens befunden wird.

Besonders der mögliche Datenabgleich mit den Melderegistern, die Möglichkeit der zentralen Speicherung sehr intimer Daten, der Schritt zum „gläsernen Bürger", der mit dem Gesetz vollzogen werden sollte, war Ursache für den breiten Protest. Darum ging es den Politikern und der Wirtschaft auch, die ihr Vorhaben mit so viel Vehemenz und so vielen Lügen verteidigt haben. Darum geht es ihnen immer noch, und daran sollte man denken, wenn Zimmermann erklärt, er halte an der Volkszählung fest, sei aber bereit, das Gesetz zu verändern.

Das Bundesverfassungsgericht muß merken, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit immer noch besteht, daß auch die Bereitschaft besteht, wieder gegen das Volksverhör mobil zu machen, falls das Gesetz nicht ganz grundlegend geändert wird.

Stoppt die Volksaushorchung! Weg mit dem Volkszählungsgesetz '83!



„So was hätte ich nie für möglich gehalten."

Nach einer Betriebsfeier im September geriet Hans Wohland, Vertrauensmann in der Ruhrlandklinik in Essen, unversehens in die Hände der Polizei.

Hinterher erkannte ihn seine eigene Frau kaum wieder. Mit blutunterlaufener Nase, die Brustpartie und der rechte Oberkörper eine einzige blaugrüne Fläche, am Hinterkopf lichte Stellen und Platzwunden, an den Handgelenken blutige Einschnitte — so tauchte er sieben Stunden nach Beendigung der Feier zuhause auf.

Was war geschehen?

Hans Wohland wollte mit dem Bus nach Hause fahren oder ein Taxi anhalten. Er ging dazu zu einer Bushaltestelle. In der Haltebucht der Station stand ein Streifenwagen mit zwei Polizisten, den Bürgersteig blockierten quergeparkte Autos. Um von einem Taxifahrer besser gesehen zu werden, stellte sich Hans Wohland in die Haltebucht. „Gehen Sie von der Straße runter!", baffte ihn ein Polizist an. Als er dennoch blieb, kam kurz darauf mit Blaulicht ein weiteres Polizeifahrzeug, die nun vier Polizisten stürzten sich auf Wohland und schlugen ihn zusammen. Auf der berüchtigten Polizeiwache in Borbeck wurde er gefesselt und weiter mißhandelt, nach Stunden hinausgeworfen. „So was hätte ich nie für möglich gehalten", sagt Hans Wohland. Sein Anwalt: „Zustände wie in Chile oder Argentinien". Polizei heute, Westdeutschland 1983.



Arbeit einer Friedensinitiative

im Jüdischen Krankenhaus Berlin (Korrespondenz)

Anfang September lud ein Arzt, der in der Berliner Ärzteinitiative „Ärzte gegen den Atomkrieg" mitarbeitet, zu einem ersten Treffen über die Folgen eines Atomkrieges ein. Die ca. 35 Kolleginnen und Kollegen sahen einen interessanten Diavortrag, dem sich gleich eine engagierte Diskussion anschloß. Ein nächstes Thema war die Bedeutung des Zivilschutzes, der kontrovers diskutiert wurde. Die einen meinten, daß die Maßnahmen zum Zivilschutz gar keinen Sinn hätten, da im Atomkrieg eh alles verseucht werde. Andere maßen



dem Zivilschutz insofern eine Bedeutung bei, daß nicht gleich ein absoluter Atomkrieg kommen werde und ein begrenzter Atomkrieg auch nicht alles in Schutt und Asche legt. So grausam und schlimm der Zweite Weltkrieg war, viele Keller und Bunker retteten einen Teil der Zivilbevölkerung. Im Durchschnitt kommen z.Zt. ca. 20 Kolleginnen und Kollegen. Nächste Themen der Friedensinitiative sind Alternativen zur Kriegsproduktion und eine konkrete Gegenüberstellung und Auseinandersetzung mit den Befürwortern der „Nachrüstung".

Am 1. Oktober beteiligten sich 25 Kolleginnen und Kollegen aller Berufszweige aus unserem Krankenhaus an der zentralen Gesundheitsdemonstration in Bonn. Das gemeinsame Erlebnis, angefangen vom Erstellen unseres Transparentes bis zum Singen von alten Volksliedern gegen den Krieg und eigenen Dichtungen, machte allen Beteiligten großen Spaß. Ein besonderes Lied war ein „jiddisches", das Hirsch Glik, Dichter und Partisan, inspiriert durch den Aufstand im Warschauer Ghetto, etwa 1943 schuf.

Das größte Erlebnis unserer Friedensarbeit konnten wir am 5. Oktober von 11.55 Uhr bis 12.00 Uhr erfahren. Der VK, der BR und Kollegen der Friedensinitiative bereiteten die Diskussion um diese Minuten gut vor. Auch einer Drohung der Verwaltungsleiterin, sie wünsche keine Aktionen im Krankenhaus, widerstanden wir, sie weckte bei so manchem das Interesse. Am Morgen des 5.10. verteilten wir vom Vertrauenskörper der ÖTV den Aufruf des DGB und einen eigenen Aufruf der Vertrauenskörperleitung, der zu Schweigeminuten auf dem Innenhof vor dem Verwaltungsgebäude aufrief. Auf dem Weg zu unserer Aktion trauten wir unseren Augen nicht: von allen Seiten strömten Hausarbeiter, Stationsfrauen, Schwestern und Ärzte zusammen. Eine Kollegin kam extra zu mir, um freudig mitzuteilen, daß auch von ihrer Station Kollegen anwesend waren (hätte ich fast nicht mit gerechnet). Ca. 120 Kolleginnen und Kollegen waren schließlich versammelt — bei guter Mobilisierung hatten wir mit höchstens 50 Unterstützern gerechnet. Unser Transparent gegen die Nachrüstung, ein paar kurze Worte unseres ÖTV-Betriebsgruppensprechers und die anschließenden Schweigeminuten brachten sehr eindrucksvoll unsere Haltung zum Rüstungswahnsinn zum Ausdruck. So viele Kolleginnen und Kollegen leisteten zivilen Ungehorsam, eine tolle Sache.

Für die weitere Arbeit haben uns diese Aktivitäten sehr gestärkt. Die Verwaltungsleiterin, vorher noch frech und drohend, hatte danach nur noch zynische Worte übrig. Nach langen Jahren politischer Arbeit am Betrieb merke ich, daß sich in dieser Frage mal etwas mehr bewegt hat. Ich wünsche es anderen Genossen und Freunden ebenso von Herzen.

Spendenliste

In der letzten Woche gingen folgende Spenden bei uns ein:

a. Über den Verlag Roter Morgen

C. B., Hamburg	2,— DM
N. B., Dortmund	100,— DM
W. K., Büchen	3,50 DM
KPD Marl	500,— DM
G. Sch., Möringen	4,60 DM
M. W., Saarbrücken	50,— DM
K. H. E., Dürrlauingen	62,20 DM
F. G., Wuppertal	100,— DM
Zelle Charlottenburg, Westberlin	250,— DM
R. F., Eckenthal	40,— DM
J. R., Köln	10,— DM
KPD Lüneburg	2,80 DM
A. H., Köln	30,— DM
R., Konstanz	21,73 DM
D. H., Freiburg	10,— DM
M. W., Köln	100,— DM
B., Rodenbach	5,— DM
KPD Wilhelmshaven	250,— DM
T., Bielefeld	1,90 DM
J. K., Kiel	16,10 DM
KPD Lüneburg	25,— DM

b. Über die Konten der Partei

LBV Weser Ems	264,— DM
insgesamt	1848,83 DM

Damit sind bisher insgesamt 22 423 58 DM an Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen.
Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spenden.

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Spenden für den Roten Morgen — Jetzt noch einfacher!

Mal ehrlich! Wieviele von Euch haben schon zigmal diese Spalte gelesen und gedacht, nächste Woche schiebe ich dem Roten Morgen was rüber — und doch wieder vergessen. Dagegen haben wir jetzt ein geeignetes Mittel: Spenden im Lastschriftverfahren! Ihr braucht nur einmal den Ermächtigungszettel auszufüllen und schon könnt Ihr Eure Spenden vergessen — wir erledigen das für Euch.
Also: Wer regelmäßig etwas zur Unterstützung des Roten Morgen tun will, der füllt noch heute die Einzugsermächtigung aus.
Nebenbei: Mit Spenden aus Lastschriften können wir fest kalkulieren.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99)
Kto.-Nr. 321 004 547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto.-Nr. 6420-467

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch widerruflich monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von .... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) ....

Bankleitzahl ....
durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Name, Vorname, genaue Anschrift)

Ort, Datum Unterschrift

Leserbrief „man/frau" im RM-Nr. 37

Da erscheint im „Roten Morgen", der sonst nicht gerade speziell auf Frauen ausgerichtet ist, (man liest hier von Arbeitern, Kollegen, Genossen, Politikern, und die Frauen sind immer „mitgemeint", es sei denn, es handelt sich um einen „Frauenartikel", dann heißen die nämlichen Menschen natürlich Arbeiterinnen, Genossinnen etc.) **Ein** Artikel, in dem nicht nur man, sondern auch frau erwähnt wird. Wie in der „taz", igitt. Prompt muß sich so ein Mann (man?) ungemein erbosen, korintenkackenderweise Ethymologie betreiben und den „lieben Genossen" erklären, wieso ein solches Unterfangen überhaupt keine gesellschaftlichen Probleme löst. Wer hätte das gedacht.

Wenn Du etwas sensibler wärest, lieber Harald, und Dir etwas mehr darüber Gedanken machen würdest, daß Sprache nichts Neutrales ist, sondern ein Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument (übrigens nicht nur speziell gegen Frauen, sondern überhaupt gegen Unterdrückte, z.B. Arbeiter/innen), dann könntest Du vielleicht die Formulierung man/frau als das verstehen, was sie ist: ein Signal, um alle darauf aufmerksam zu machen, daß unsere deutsche Sprache eben **nicht** Frauen selbstverständlich „mitmeint", mehr noch, daß sie Frauen in vieler Hinsicht abwertet bzw. schlicht ignoriert.

Wie würdest Du Dich fühlen, wenn man dir ein „2-Frau-Zelt" anbietet? Dir vorschlägt, Kauffrau zu werden? Dir ein Formular vorlegt, auf dem Du ankreuzen sollst, ob Du Auszubildende, Beamtin, Angestellte, Studentin oder Arbeiterin bist?

Würdest Du Dich angesprochen fühlen, wenn Du einen Leserbrief liest, der beginnt, mit „Liebe Genossinnen"?

Liebe Genossinnen, ich bitte euch, darüber nachzudenken.

Cornelia aus Bremen

Da hat die Nationalmannschaft der Türkei gerade die Nordiren überraschend mit 1:0 besiegt und der westdeutschen Mannschaft einen großen Stein auf dem Weg zur erfolgreichen Europameisterschaftsqualifikation aus dem Weg geräumt.

Wenn die türkische Mannschaft zum Spiel nach Westberlin kommt, sollen aber türkenfeindliche Haßgesänge die Szenerie bestimmen — jedenfalls, wenn es nach den Neonazis geht, die sich in wirklichen oder sogenannten Fanclubs breitmachen. Wie im „Roten Morgen" berichtet, haben sie für den 26. Oktober zu blutigen Gewalttaten gegen unsere Mitbürger aus der Türkei aufgerufen, die vor allem in Westberlin, eventuell aber auch anderswo verübt werden sollen.

Am 26. Oktober:

Abwehrbereit gegen Nazi-Terror

Da wird ein Fußballspiel als Aufhänger für ausländerfeindliche Hetze und Gewalt genommen, da soll Sportbegeisterung und Anhängerschaft für die DFB-Elf den Nazis als Sprungbrett zu einem politischen Erfolg dienen. Kein wirklicher Sportsfreund, kein Demokrat darf dies hinnehmen!

In Westberlin werden Vorbereitungen getroffen. Vor allem in zweierlei Hinsicht: Zum einen wird ein gemeinsamer Stadionbesuch von Deutschen und Türken organisiert. Metallgewerkschafter sind hier unter anderem aktiv. Auch, wenn man vielleicht davon ausgehen kann, daß im Stadion nicht soviel „passieren" kann, ist das doch sehr wichtig. Schließlich wollen viele Menschen das Spiel sehen, und antifaschistische Aktivitäten oder organisierte Solidarität nur außerhalb zeigen zu wollen, wäre ganz verfehlt. Zum anderen werden in Stadtteilen, besonders in Kreuzberg, Treffen und Feste organisiert, auf denen man auch über das Fernsehen das Spiel gemeinsam verfolgen kann, von denen aus man vor allem abwehrbereit ist, wenn die Nazis zu Terrorfeldzügen starten sollten. Darauf muß man unbedingt eingestellt sein.

Aus anderen Städten werden Antifaschisten nach Berlin fahren. Das können aber — der 26. ist ein Mittwoch — nur wenige sein. Dafür wurde aus verschiedenen Städten bekannt, daß örtliche Solidaritäts- und Aufklärungsaktionen, gemeinsames Fernsehen, organisiertes Aufpassen in Vierteln, wo viele Ausländer wohnen und andere Aktivitäten geplant sind.

Vom DFB ist unterdessen immer noch keine Erklärung zu den angedrohten Gewalttaten zu hören.

Die Staatsanwaltschaften und die Polizei, besonders in Berlin, erklären, die Sache zu beobachten und vollständig im Griff zu haben. Polizei und Staatsschutz in Westberlin erklärten auf Anfrage in der vergangenen Woche, sie wollten von sich aus keine Einzelheiten über die Naziplane bekanntgeben, obwohl entsprechende Erkenntnisse durchaus vorlägen; sie griffen die Presse an, die zum Teil — aber insgesamt doch noch viel zu wenig — auf diese Sachen eingegangen war, weil sie das alles „unnötig hochspielen" würde. Sie wollen eben nicht, daß die Öffentlichkeit aus diesen Vorkommnissen den Schluß zieht, daß sie wachsam sein muß, daß Antifaschisten und Demokraten gegen die Nazi-Umtriebe aktiv werden müssen, daß gegen einzelne Vorstöße auch konkreter Widerstand auf der Straße zu organisieren ist. „Überlaßt das der Polizei", sagen die Behörden. Damit sie allein entscheiden können, wie man mit den Nazis umgeht — und wie man sie, wenn man sie selbst gebrauchen kann, auch ausnutzt ... Schließlich wird gerade den Nazis von der terroristischen ANS, die sich noch am Vorabend des Spiels in Westberlin versammeln will, unverschämt viel Freiraum zugebilligt.

Man muß behördliche und polizeiliche Maßnahmen gegen die Nazis fordern. Man muß vor allem, wie wir das seit Jahren tun, das vollständige Verbot ihrer Organisationen und ihrer Propaganda fordern; diese Maßnahmen haben die Behörden gar nicht auf der Platte. Man darf aber auf keinen Fall und in keinem einzigen Fall den Kampf gegen die Nazis dem Staat überlassen, dann ist man verraten und verkauft und auch dem Naziterror gegenüber wehrlos. Aktiver antifaschistischer Widerstand ist auch auf diesem Gebiet gefordert. Setzen wir dafür am 26. Oktober ein unübersehbares Zeichen!

D. L.



Die Bundeswehr und das „gültige Erbe der Vergangenheit"

Bei der Bundeswehr wird ein neuer Traditionserlaß vorbereitet. Der zuständige Minister Manfred Wörner bedient sich bei der Neuformulierung dessen, was das Leben und den Geist der Truppe bestimmen soll, auch der Hilfestellung des Verbandes Deutscher Soldaten, der 1951 ungeachtet internationaler Proteste von Generälen der Hitler-Wehrmacht und der Waffen-SS gegründet wurde. Dementsprechend wird auch der Inhalt des neuen Erlasses aussehen.

Der Geist der Wende auch beim Bund. Ja, es kann noch schlimmer kommen, als es jetzt schon ist!

Der frühere Verteidigungsminister Apel hatte kurz vor seinem Abgang neue Traditionsrichtlinien formuliert, die zwar absolut nicht geeignet waren, aus der Bundeswehr so etwas wie eine demokratische Armee zu machen, die sich aber immerhin gegen die ungebrochene Tradition zur faschistischen Armee wandten und schon deshalb vielen Offizieren und natürlich den CDU/CSU-Größen ein Dorn im Auge waren. Apels Bemerkung, ein „Unrechtsregime" könne „Tradition nicht begründen", wird heutzutage in Bonn nicht mehr unterschrieben. Auch nicht der Form halber. Bereits Anfang des Jahres hatte ein Mitglied von Wörners Planungsstab, Oberst Gerhard Hubatschek, mit Zustimmung der Bundeswehr-Generalität geschrieben, es gelte, das „gültige Erbe" der Vergangenheit mit dem Traditionsverständnis der Bundeswehr zu verbinden. „Für Einsatz und Führung gepanzerter Verbände, das Zusammenwirken moderner Truppengattungen, die Anforderungen an Führer und Gefüge der Truppe muß die an im Krieg gewonnenen Erfahrungen angeknüpft werden", fordert er, und im übrigen sei es ein Unding, daß die „Deutsche Wehrmacht" derzeit bei den Verbündeten der Bundesrepublik „in ungleich höherem Ansehen stehe als hierzulande."

Wird man also aus Bonn bald wieder hören: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen"? Es gibt ja noch geschützte Kriegerdenkmäler, auf denen das steht; steinerne Zeugen einer Tradition, die tatsächlich nie untergegangen ist, die man allerdings nicht offiziell zum Leitmotiv zu erheben wagte. Deshalb ist vielen Reaktionären die Bundeswehr auch zu schlapp.

Der Verband deutscher Soldaten (VdS) jedenfalls schrieb in einer Antwort auf Wörners Aufforderung, sich zu den Traditionsrichtlinien der Bundeswehr zu äußern, unter anderem: „Hinsichtlich der Mitführung und Begleitung von Fahnen und Standarten früherer deutscher Truppenteile wird eine großzügigere Handhabung befürwortet." Und die „Verurteilung und Diffamierung" von Angehörigen der Waffen-SS habe gefälligst zu unterbleiben.

Nun — das Bonner Innenministerium hat erst unlängst behauptet, die Hilfsorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, unter der Abkürzung HIAG wohl jedem ein Begriff, sei nicht verfassungswidrig, und hat damit eine anderslautende Beurteilung in den Verfassungsschutzberichten früherer Jahre revidiert. Neue alte Maßstäbe! Der Vorgesetzte des zitierten Hubatschek, Wörners Planungschef Hans Rühle, formulierte seine Zielvorstellungen so: „Es gilt weniger Neues zu lernen, als vielmehr sich an Altes, Vergessenes oder Verdrängtes zu erinnern." Ihm fällt auch ein aktuelles Beispiel ein, das den praktischen Nutzen einer solchen Denkungsart unterstreichen soll: Der Feldzug der britischen Armee gegen die Malvinen (Falkland-Krieg). Hierbei sei das „eigentlich Erstaunliche" der „Ausbruch scheinbar längst vergessener Werte und Tugenden" gewesen: „Von Stolz und Ehre war plötzlich wieder die Rede, Mut und Tapferkeit waren gefragt."

„Unsere Ehre heißt Treue", hatte die SS in ihre Mörder-Dolche graviert. Dieser Ehrbegriff scheint in Bonner Amtsstuben und in den Kasernen wieder im Kurs zu steigen; man besinnt sich der Treue zu den alten Idealen.

Die alten Kameraden haben es auch unserem Verteidigungsminister ganz persönlich angetan. Ersichtlich ist dies zum Beispiel aus seiner Rede beim Abschiedsempfang für den Luftwaffeninspekteur Friedrich Obleser, der im zweiten Weltkrieg Jagdflieger war und für seinen Einsatz im Dienste des Führers mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Wörner nannte ihn ein „Idol seiner Kindheit" und befand — inzwischen doch immerhin erwachsen —, Obleser stehe für eine „leidgeprüfte, vielfach zu Unrecht geschmähte und doch so tüchtige, verantwortungsfreudige und zupackende Generation." Eben in diesem Geist möchte er die heutige und alle kommenden Generationen erzogen wissen. Damit sie bald wieder kräftig „zupacken" können.

Froh sind die Traditionalisten über die Wende in Bonn. Froh sind sie auch darüber, daß in der Bundeswehr so viel Grundlegendes gar nicht umzuräumen ist. Oberst Hubatschek selber spricht dies aus, er betont, die Bundeswehr habe auch in Zeiten eines Wolf von Baudissin („Staatsbürger in Uniform") oder Gerd Schmückle immer an „bewährte Grundsätze und Erfahrungen der Vergangenheit" angeknüpft; „Die neuen Streitkräfte standen damit stärker in der Tradition, als dies nach außen hin deutlich und den in die Bundeswehr hineinwachsenden Generationen bewußt wurde."

Jetzt soll dies alles wieder viel bewußter gemacht werden. Denn die Zeit rückt näher, wo sich die bewährten Tugenden im praktischen Einsatz wieder neu bewähren sollen (im Interesse der selben Kapitalkreise wie



früher). Und die Bevölkerung soll dann auch mitziehen. Wehe dem, der das nicht will. Mit der „krakeelenden Minderheit bundeswehrfeindlicher Gruppen" — so nennt ein gewisser Brigadegeneral Roland Zedler die Friedensbewegung — wird man schon entsprechend verfahren, wie man das macht, weiß man ja auch von früher, und warum soll man aus der Vergangenheit nur halbherzig lernen. Überhaupt geht in Friedenszeiten, so weiß der stellvertretende Kommandeur der 6. Panzergrenadierdivision, der eherne soldatische Geist verloren.

Wörner und seinesgleichen haben es eilig, die Vergangenheit zur Zukunft werden zu lassen. Bis zum 1. Januar 1984 soll die „Neuregelung" abgeschlossen sein.

„Maßvolle Anhebung der Diäten"

Die Fraktionsführung der CDU/CSU hat dem Bundestag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten um 4,26 Prozent oder 319,50 DM auf monatlich 7819,50 DM rückwirkend vom 1. Juli vorsieht. Bis auf die Grünen haben alle dem Entwurf bereits zugestimmt.

„Nach den Maßstäben des Grundgesetzes", des Abgeordnetengesetzes und eines Urteils des Verfassungsgerichtes sei die derzeitige Höhe der Diäten „derzeit nicht angemessen", erklärte Bundestagspräsident Barzel. Die vorgeschlagene Erhöhung um Fast 320 DM (und man muß noch berücksichtigen, daß die Diäten nur ein Teil der vielen Gelder sind, die die Bonner Sesseldrücker zugesteckt bekommen) nannte er eine „maßvolle Anhebung". (Vielleicht für uns ein Maßstab für Tarifrunden?!)

Wann machen wir der Bonner Regierung klar, daß das Maß endgültig voll ist?



Neues Handelsabkommen zwischen der EG und Ländern aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP) im Gespräch:

Das Diktat der Reichen

LUXEMBURG. — Am vergangenen Donnerstag wurde in Luxemburg die Konferenz für ein drittes Abkommen zwischen der EG und Staaten aus Afrika, der Karibik und der Pazifischen Region eröffnet. Das Abkommen, nach dem Unterzeichnerort der ersten beiden Verträge in Togo, Lomé-Abkommen genannt, soll ab 1. März 1985 gelten, bis dahin läuft „Lomé II".

An den Beratungen nehmen 75 Staaten teil, 63 davon sind Entwicklungsländer, 43 afrikanische, 13 karibische und 7 pazifische. Die Beratungen zwischen der EG und den anderen, kurz AKP-Staaten genannt, werden wahrscheinlich bis weit ins Jahr 1984 andauern.

„Beratende Versammlung AKP — EG in Westberlin vorausgegangen. Diese „Beratende Versammlung" ist ein parlamentarisches Kontrollorgan ohne Entscheidungsbefugnis, dem je zwei Vertreter der 63 AKP-Staaten die gleiche Anzahl von Parlamentariern aus dem Europäischen Parlament gegenübersitzen.

Die vorbereitende Tagung in Westberlin ist von der Bundesregierung dazu genutzt worden, ihre widerrechtliche Position in der Berlin-Frage zu untermauern. Im alten Reichstag fanden die Debatten statt, und neue Mitglieder des „Entwicklungshilfeabkommens" wurde gezwungen anzuerkennen, daß West-Berlin in das Vertragswerk einbezogen ist. Sogar Angola und Mosambik, die das bisher verweigerten, haben dem mittlerweile zugestimmt.

Politische Entscheidungen kann die Beratende Versammlung nicht fällen, es wurden aber eine Reihe von Problemen angesprochen, die über den rein wirtschaftlichen Teil der bisherigen Abkommen hinausgehen. So treffen administrative Maßnahmen, Kürzungen von Stipendien und Ausbildungsförderungen sowie erhöhte Studiengebühren Studenten aus den AKP-Staaten in Westeuropa besonders hart. Dazu haben sie unter den vielen ausländerfeindlichen Bestimmungen zu leiden. Die Beratende Versammlung forderte die EG-Regierungen deshalb auf, „umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der *Studenten sowie der in der Gemeinschaft lebenden Wanderarbeiter aus AKP-Staaten sowie ihrer Familien zu treffen und jegliche Diskriminierung dieser Menschen ein Ende zu bereiten.*"

Ein zweiter Punkt der Debatten in Westberlin war das Verhältnis zur Republik Südafrika. Es ist bekanntgeworden, daß sich vier Mitglieder des europäischen Parlamentes zu einer als „privat" bezeichneten Reise in Südafrika aufgehalten haben, die auch Gespräche mit den UNITA-Rebellen beinhaltete. Die UNITA kämpft von Südafrika aus und mit Unterstützung des Rassistenregimes gegen Angola. Nach scharfer Kritik, vor allem vom Vertreter Simbabwes, wurde die Südafrika-Mission der Europa-Parlamentarier zwar mehrheitlich verurteilt. Dieser Beschluß hat aber das gleiche Schicksal, wie viele internationale Resolutionen gegen Südafrika. Er bleibt Papier — ändern wird sich an den vielen Geschäften der EG-Staaten mit Südafrika nicht viel.

Ähnlich wertlos ist ein Entschließungsantrag zum Kampf gegen den Hunger in der Welt. Hier hat sich der Vertreter der Radikalen Partei Italiens, Punella, bei der Versammlung in Westberlin geweigert, sich nochmals zu beteiligen, weil es Entschließungen, Anträge, Resolutionen zum Thema zur Genüge gebe. Der Abgeordnete Panella meinte, dies sei kein Debattenthema mehr, sondern ein Handlungsthema. Handeln, entscheiden, kann diese Beratende Versammlung AKP-EG aber nicht, die Macht allein liegt bei den Ministern, die jetzt ihre Beratung aufgenommen haben.

Die begonnene Luxemburger Beratung auf Ministerebene wird in ihrer ersten Runde aber auch noch nichts Inhaltliches entscheiden. Zunächst wird über die technischen Modalitäten geredet. Vorgesehen ist die Einsetzung einer zentralen Verhandlungsgruppe auf der Ebene der Botschafter der AKP- und der EG-Staaten unter Vorsitz der EG-Kommission. Für einzelne Sachgebiete sollen einzelne Arbeitsgruppen gebildet werden. Eine erste Zwischenbilanz soll auf einer Ministerkonferenz Ende dieses oder Anfang des nächsten Jahres gezogen werden, der Abschluß eines neuen Abkommens wird frühestens für Herbst 1984 erwartet.

Die Probleme liegen nicht nur in der Tatsache, daß bei diesen Verhandlungen eben 75 Staaten beteiligt sind, sondern vor allem an den inhaltlichen Punkten, von denen wir die wichtigsten kurz anreißen wollen. Sicherlich werden wir im Laufe der Verhandlungen noch mehrmals auf die Probleme eingehen.

Die meisten AKP-Staaten haben noch alte Verbindungen zu den EG-Ländern. Aus Kolonialzeiten sind viele Abhängigkeiten gewachsen, die die oft sehr einseitige Wirtschaftsstruktur dieser Länder an die westeuropäischen Staaten binden. Die generelle wirtschaftliche Unterentwicklung in diesen Ländern und der daraus entstandene Zwang, viele industrielle und hochwertige Güter innerhalb der EG gegen Rohstoffe einzukaufen, sind die Voraussetzungen der bisherigen Abkommen Lomé I und Lomé II gewesen.

Darin wurden vor allem Zollbefreiungen bei Lieferung in EG-Länder vereinbart sowie Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise vorgesehen.

So sind 99,3 Prozent der Produkte, die die AKP-Staaten in die EG liefern, von Einfuhrzöllen befreit. Das hört sich enorm an, relativiert sich jedoch, wenn man bedenkt, daß alle bisherigen 63 AKP-Staaten zusammen mit rund 7 Prozent am EG-Welthandel beteiligt sind. Außerdem gilt die Zollbefreiung natürlich nicht für Bereiche, in denen der Markt innerhalb Westeuropas selbst schon krisenhaft ist. So gibt es keinerlei Zollbefreiungen für Produkte der Stahl-, Textil- oder Agrarwirtschaft. Sowieso machen Rohstoff und Halbfertigwaren rund 90 Prozent der Gesamtliefermenge der AKP-Staaten in die EG aus, Fertigprodukte nur 5 Prozent. Mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in allen westeuropäischen Staaten werden die Bedingungen, die die EG den schwächeren „Partnern" diktiert, sicherlich nicht angenehmer werden.

Ein zweiter wichtiger Punkt der bisherigen Abkommen waren die Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise. Hierfür wurde ein Zusatzabkommen, das „Stabex"-Abkommen geschlossen. Danach erhalten AKP-Staaten — größtenteils — nicht rückzahlbare Zuschüsse bei deutlichem Rückgang der Exportrohstofferlöse. Dabei handelt es sich aber keineswegs um ein Abkommen, das den AKP-Staaten etwa konstante Preise, bzw. Erlöse sichert. Nur ein Teil der Beträge, die diese Staaten beim Sinken der Preise verlieren, werden ersetzt. Beim fortschreitenden Preisverfall für die Produkte und Rohstoffe der Entwicklungsländer ist das „Stabex"-Abkommen kein Mittel, um den Exportländern ernsthaft ihre Verluste auszugleichen.

Im Rechnungsjahr 1980 z. B. überstiegen die Exporterlös-Verluste der AKP-Staaten die für „Stabex" bereitgestellten Mittel aufgrund gefallener Rohstoffpreise so stark, daß die Zuschüsse nur zu einem Viertel von dem gezahlt werden konnten, was eigentlich vorgesehen war. So haben die EG-Staaten in ihrem „Entwicklungshilfeabkommen", wie sie es gerne nennen, lediglich eine Klausel, daß die etwas über Weltmarktpreis bei den AKP-Staaten kaufen, auch von vornherein begrenzen können, weil sie weit sie die Mittel bereitstellen, um zu große Verluste der Entwicklungsländer auszugleichen.

Daß die Mittel für ein Abkommen wie „Stabex" bei der Krise der EG im neuen Abkommen wesentlich erhöht werden, darf man ausschließen. Die Verluste werden weiterhin in der Hauptsache die armen Länder treffen.

Selbst die geringen Zugeständnisse aber, die die EG-Staaten machen, sind teuer erkauft, führen zu einer massiven Einmischung der EG in die Wirtschaft der AKP-Staaten. So ist eine Hauptforderung aller AKP-Staaten: Beihilfe für den Aufbau neuer Industriezweige. Die oft sehr einseitige Wirtschaftsstruktur, die Abhängigkeit von nur einem Exportprodukt oder Rohstoff soll einer differenzierten Wirtschaftsstruktur weichen. Wo ein solcher Schritt gemacht wird, kollidiert er aber oft mit den Interessen der starken und mächtigen EG-Staaten.

So hat der kleine Inselstaat Mauritius im Indischen Ozean, um vom Hauptexportprodukt Zucker unabhängiger zu werden, eine eigene Bekleidungsindustrie aufgebaut. Kaum aber hatten Textilien aus Mauritius auf dem europäischen Markt Fuß gefaßt, wurde der Inselstaat gezwungen, ein Selbstbeschränkungsabkommen für seine Textilausfuhr in die EG zu unterzeichnen.

Die Probleme um Zuckerproduktion und Handel werden sowieso einen Schwerpunkt der laufenden Beratungen bilden. Zum einen ist es, daß die EG-Staaten allein schon mehr Rübenzucker produzieren als sie verbrauchen. Zusätzlich werden noch große Mengen Rohrzucker eingeführt. Jetzt sind aber viele AKP-Staaten Zuckerproduzenten. Bisher galt die Abmachung, daß die EG zu garantierten Preisen insgesamt 1,3 Millionen Tonnen Rohrzucker jährlich abnimmt. Dabei wurden die Abnahmequoten für die verschiedenen Lieferstaaten genau festgelegt. Damit war aber nur ein Teil der Zuckerproduktion dieser Staaten verkauft. Ein weiterer Teil muß auf dem übrigen Weltmarkt verkauft werden.

Hier aber haben die AKP-Staaten einen mächtigen Konkurrenten — nämlich die EG-Staaten, nach Kuba zweitgrößter Zuckerexporteur der Welt. Im Jahre 1980 allein exportierten die EG-Staaten 4325 Millionen Tonnen Zucker. Der eigentlich sehr hohe Produktionspreis für Zucker in Westeuropa wird durch Subventionen der EG auf den Weltmarktpreis gesenkt. So wird der Weltmarkt überschwemmt und die Preise sinken ständig. Vor allem weigert sich die EG seit Jahren, einem internationalen Zuckerhandelsabkommen beizutreten, das Höchstexportmengen festlegen soll.

Das alles führt dann zu absurden Handelssituationen: Nigeria importiert eine halbe Million Tonnen Zucker aus der EG, während seine Nachbarstaaten Rohrzucker in die EG liefern. Vom Pazifik aus, von den Fidschi-Inseln, gehen jährlich 100000 Tonnen Rohrzucker durch die halbe Welt in westeuropäische Fabriken. Der Nachbarstaat der Fidschi-Inseln, Papua Neuguinea andererseits bezieht 30000 Tonnen Zucker aus Westeuropa.

Die einhellige Forderung der AKP-Staaten, die westeuropäischen Zuckerexporte zu beschränken und damit einen Beitrag für stabilere Weltmarktpreise und ebenso für bessere Chancen der AKP-Staaten für eine notwendige wirtschaftliche Entwicklung zu leisten, wird einer der Hauptpunkte der Verhandlungen in Luxemburg sein.

Das Beispiel der Zuckerfrage macht deutlich, wie enorm die Abhängigkeiten der AKP-Staaten von den EG-Staaten sind. Die wirtschaftlich starken Länder diktieren den Rohstofflieferanten ihre Pläne auf. Für eine Sicherung verschiedenster Lieferungen sind die EG-Staaten bestimmt zu dem einen oder anderen Zugeständnis bereit. In erster Linie ist ihr Ziel aber ganz eindeutig, die Länder in Afrika, der Karibik und aus dem pazifischen Raum in Abhängigkeit zu halten, ihre Reichtümer und Bodenschätze auszunutzen, ihre Märkte zu beherrschen. Soviel Profit wie eben herauszuholen ist, für das westeuropäische Kapital — das ist der Leitgedanke der EG-Verhandlungskommission für „Lomé III".

In vielen AKP-Staaten alltäglich: Hunger!

Militärische Verwendung nicht dementiert

BRD und Brasilien bauen Mittelstreckenrakete

Daß die westdeutsche Wirtschaft in Brasilien großen Einfluß hat, ist weitgehend bekannt. Auch die großen Geschäfte der Atomindustrie machten schon oft Schlagzeilen. Ziemlich neu aber sind die Informationen über gemeinsame Entwicklung von Mittelstreckenraketen seitens Brasiliens und der Bundesrepublik.

Zusammen mit den im Herbst 1981 erstmals bekanntgewordenen gemeinsamen deutschbrasilianischen Flottenmanövern, der bevorstehenden Fertigstellung der Atomanlagen und der Weiterführung der Raketentests, steht einer atomaren waffentechnischen Zusammenarbeit der beiden Staaten nichts mehr im Wege.

Zu diesem Thema veröffentlichen wir im folgenden einen Artikel aus den „Lateinamerika Nachrichten", Sept./Okt. 1983. Die darin erwähnte Broschüre hat den Titel „Die Bundesrepublik als heimlicher Waffenexporteur„ und ist über M. Birkholz, Karlsruher Straße 4, 1 Berlin 31 zu beziehen.

Das Auswärtige Amt in Bonn hat auf Anfrage der britischen Zeitung „New Statesman" bestätigt, daß es seit 12 Jahren eine Zusammenarbeit mit Brasilien bei der Entwicklung von Nutzlast-Trägerraketen gibt. Eine mögliche militärische Verwendung der Systeme konnte das Amt nicht dementieren. („New Statesman" vom 5. 8. 1983)

Die letzte Frucht der Zusammenarbeit, die als Höhenforschungsrakete ausgegebene SONDA IV, wird zur Zeit gemeinsam auf dem brasilianischen Testgelände Barreiro do Inferno getestet. Als ballistische Trägerrakete verwendet, könnte sie einen atomaren Sprengsatz von 300 kg über 1600 km ins Ziel tragen. Bei den Tests wurden u. a. „Rechnerprogramme (...) zur Voraussage des Aufschlagpunktes von Höhenforschungsraketen weiterentwickelt und erprobt" (Bundesministerium für Forschung und Technologie, BMFT, 10 Jahre Zusammenarbeit BRD-Brasilien, Bonn 1979). Die Enthüllung des „New Statesman" beruht auf 2jährigen Recherchen des Berliner Arbeitskreises Physik und Rüstung, der das Ergebnis soeben in einer Broschüre veröffentlicht hat.

Auf deutscher Seite sind beteiligt: die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), die Bundeswehrhochschule München und mindestens ein Privatunternehmen: 1982 wurde das Heckteil der SONDA IV in den Werken Ottobrunn und Lampoldshausen der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm entscheidenden



Die westdeutsch-brasilianische „Höhenforschungsrakete" SONDA III

Systemtests unterzogen. (MBB Aktuell Nr. 5/82). Die Bundesregierung hat in der Antwort vom 9. 6. 83 auf eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion die Mitwirkung deutscher Firmen geleugnet, obwohl sie am MBB beteiligt ist.

Brasilianischer Partner ist das Zentrum für Weltraumtechnik der Luftwaffe (CTA), das international bereits durch die Entwicklung militärischer Raketen bekannt geworden ist. Der Atomphysiker Cerqueira Leite gab 1982 bekannt, das CTA arbeite am Bau der Atombombe. InResende und Aracruz entstehen zur Zeit auf Grund des deutsch-brasilianischen Atomvertrags von 1975 Aufbereitungs- und Anreicherungsanlagen, die ab 1987 bombenfähiges Uran bzw. Plutonium liefern werden.

„Für Frieden, Brot, Arbeit und Freiheit"

Wieder 100 000 auf den Straßen Santiagos

Die Linke übernimmt die Führung des Widerstands

In der vergangenen Woche fanden an drei aufeinanderfolgenden Tagen wieder Kundgebungen, „Kochtopfkonzerte", Demonstrationen gegen das Pinochet-Regime in Chile statt. Zu diesem sechsten Nationalen Protesttag hatte die Oppositionsbewegung der liberalen Rechten „PRODEN" das von Rodolfo Seguel geführte „Nationale Arbeitskommando" CNT und die „Demokratische Volksbewegung" MDP aufgerufen. Die „Demokratische Allianz" des christdemokratischen Politikers Gabriel Valdez, der sich weiter um Gespräche mit der Junta bemüht, hielt sich diesmal raus.

Bei den großen Demonstrationen in der vergangenen Woche wurde von der eingesetzten Polizei und dem Militär wiederholt von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Dennoch ließen sich die Protestierenden nicht einschüchtern.

Kochtopfkonzerte — das Klappern mit Deckeln und Löffeln dröhnte über den Armenvierteln — waren eine Kampfform. Die großen Aufmärsche in den Innenstädten von Santiago, Concepcion, Valparaiso, Via del Amar, Temuco, Punta Arenas, Valdivia und Antofagasta, eine zweite. Auch in vielen Betrieben gab es Protestaktionen. Auch eintausend Bergleute der Kupfermine „El Teniente" beteiligten sich. Sie wollten von der rund 130 Kilometer südlich der Hauptstadt liegenden Mine nach Santiago marschieren, um gegen die Regierungspolitik zu demonstrieren. Die Marschkolonne wurde jedoch unterwegs von der Polizei abgefangen. Erst im Mai waren 1 800 Bergarbeiter wegen Streikaktivitäten gegen das Regime entlassen worden.

Allein bei Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Bergleuten und der Polizei wurden 83 Personen festgenommen. Die Gesamtzahl der Verhafteten ist nicht bekannt.

Der chilenische Innenminister Onofre Jarpa zeigte sich nach den Aktionen „besorgt" über die Tatsache, daß die Linke die Führung der Protestbewegung übernommen habe. Bei den Demonstrationen seien die Kommunisten und die „sogenannten demokratischen Kreise" Seite an Seite marschiert.

Ursache der Besorgnis des Innenministers ist die weitere Vereinheitlichung der Protestbewegung in Chile. Die oppositionellen Kräfte haben nämlich jetzt ein „Einheitliches Demokratisches Kommando" CUD, gebildet. Dem CUD gehören die Demokratische Allianz, die linke Demokratische Volksbewegung, die nationalen Koordinierungskomitees der Gewerkschaften, Studenten und Frauenverbände an, sowie die Nachbarschaftskomitees von Santiago. Diese, alle oppositionellen Parteien, von Christdemokraten, Kommunisten, MIR, Sozialisten und andere umfassende Vereinigung, fordert die Schaffung einer demokratischen Regierung und die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung.

Bei allem Optimismus über die eben entstandene Einheit ist aber auch Skepsis angebracht. Vor allem aus der Christdemokratischen Partei gibt es immer wieder Stimmen, die als Vorleistung für Gespräche mit dem Regime zusichern, die Kommunisten und andere revolutionäre Kräfte aus der Oppositionsbewegung nicht in einen Demokratisierungsprozeß einzubeziehen. Immer mehr setzt sich aber die Meinung durch, daß ein Dialog mit Pinochet oder seiner Regierung grundsätzlich abzulehnen ist, daß das Regime im Massenkampf zu stürzen sei.

Nach letzten Informationen sind am letzten der angesetzten drei Protesttage mindestens sechs Menschen getötet und 50 verhaftet worden. Angriffe der Militärpolizei auf Armenviertel und Feuereröffnungen auf friedliche Demonstrationen verursachten neue harte Kämpfe.



Bei einer Trauerfeier für die Opfer des V. Nationalen Protesttages — ein Bild des Diktators wird verbrannt.


Demonstrierende Kupferarbeiter in Rancagua

Kissinger über El Salvador:

„Frontlinie im Kampf um die Freiheit"

Verstärkter Terror gegen Nicaragua

Der Vorsitzende der US-Kommission für Mittelamerika, Henry Kissinger, sagte nach einer einwöchigen Rundreise durch die Region, El Salvador befinde sich in erster „Frontlinie im Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, sowie gegen totalitäre Unterdrückung". Die Kommission hat die Aufgabe, die Interessen der USA in Mittelamerika zu definieren und dem Präsidenten politische Empfehlungen zu unterbreiten.

Kissinger sprach natürlich kein Wort über die wirtschaftlichen Interessen, dieses „Hinterhofes" der USA, von dem Washington schon aus Tradition annimmt, er gehöre zum US-amerikanischen Einflußgebiet. Kein Wort über die schon lange und intensiv betriebene Ausplünderung der Länder, die Ausbeutung der Menschen für die Profite der US-Konzerne. Im Gegenteil — die USA, so Kissinger, wollen nur „Gutes". Die Kommission, so hieß es, gehe davon aus, daß „wir uns in einem Widerstandskampf gegen marxistisch-leninistischen Totalitarismus befinden".

Und während in El Salvador die faschistischen Todesschwadronen täglich mehr Menschen umbringen, jeden, der auch nur im Verdacht steht, mit der Befreiungsbewegung zu sympathisieren, bedroht, erklärt Kissinger, gleichzeitig „streben wir danach, die Menschenrechte zu schützen und die Demokratie zu erreichen"! Auf dem Gebiet der Menschenrechte sei in El Salvador bereits ein „echter Fortschritt" erzielt worden.

Dabei hat Kissinger sicher nicht vergessen, daß Todesschwadronen erst wenige Tage zuvor den salvadorianischen Gewerkschaftsvorsitzenden Samuel Maldonado ermordet haben, der noch kürzlich mit Kissinger in den USA zusammengetroffen war.

Bei der Rundreise durch die Region, bei der das Kennenlernen der gesellschaftlichen Realität oft eine Sache von wenigen Stunden war, hat Kissinger natürlich auch mit den Contras, den Gegenrevolutionären aus Nicaragua Kontakt gehabt. Mit massiver Unterstützung der USA haben die ihre terroristischen Aktionen gegen Nicaragua verstärkt.

Zwei Söldnerkommandos der vom CIA ausgehaltenen Terrororganisation „Demokratische Kraft Nicaraguas" (FDN) haben in der vergangenen Woche den wichtigsten Hafen Nicaraguas, Corinto, lahmgelegt.

Die Contras schossen einen Riesentank mit 2,4 Millionen Liter Dieselöl in Brand. Daraufhin breitete sich im Hafen ein Großfeuer aus, das noch zwei Tage später nicht unter Kontrolle gebracht war. Das Ausmaß der dadurch verursachten Verwüstungen ist noch nicht absehbar. Ein Regierungssprecher: „Es ist das erste Mal, daß wir uns solch einer fürchterlichen Katastrophe ausgesetzt sehen. Wir haben noch keine Schätzung des Schadens, aber er ist groß und irreparabel."

Der Anschlag hat weitreichende Folgen. Von den jetzt unterbrochenen Öllieferungen nach Puerto Corinto hängt der größte Teil der nicaraguanischen Energieversorgung ab. Die nicaraguanische Regierung mußte jetzt auch erklären, daß sie nicht mehr für die Sicherheit ankommender Tanker garantieren kann.

Mit einer Protestnote hat das nicaraguanische Außenministerium in der vergangenen Woche direkt bei der US-Regierung protestiert. „Formell und energisch" wurde die US-Regierung als Schuldige an dem Anschlag benannt. Solche Terrorakte, die dem „CIA-Plänen zur Destabilisierung der sandinistischen Revolution" entsprächen, könnten ohne die „Leitung und die Finanzierung durch die Vereinigten Staaten" nicht stattfinden, hieß es in der Protestnote an den US-Außenminister George Shultz.

Zur Zuspitzung der Lage in Mittelamerika trägt auch bei, daß die schon lange andauernden großen Manöver der USA immer mehr ausgedehnt, für einen immer längeren Zeitraum geplant werden. Wie jetzt aus dem US-Verteidigungsministerium verlautete, werden US-Soldaten noch monatelang in Honduras aktiv bleiben. Auch nach Abschluß des am 5. August begonnenen Manövers „Big Pine 2" in Honduras, an dem 3 500 US-Soldaten teilnehmen, werden weitere Übungen stattfinden. Bis mindestens März 1984 sollen 1 800 US-Soldaten an der Nordgrenze von Honduras bleiben und Artillerieübungen mit 105-Millimeter-Geschützen durchführen. **Alles in allem zeigt sich immer deutlicher die Rolle des US-Imperialismus als Kriegsbrandstifter in Mittelamerika.**


Immer notwendiger: Sandinistische Verteidigungsstellung

Meldungen

Terror gegen ANC

Südafrikanisches Militär hat in der vergangenen Woche einen Stützpunkt der Oppositionsbewegung ANC, die in Südafrika verboten ist, in Mosambik angegriffen. Nach der brutalen Verfolgung und Unterdrückung in der Republik Südafrika selbst geht das Rassistenregime zum wiederholten Male gegen Einrichtungen der Befreiungsbewegung in anderen Staaten vor.

Der brutale Überfall, die Militäraktion in einem anderen Land, kann sich Südafrika nur erlauben, weil es in seiner ganzen rassistischen Politik — trotz verbaler Proteste — die volle Unterstützung sämtlicher westlicher imperialistischer Staaten hat. Eine Verurteilung dieses Überfalls muß auch endlich Sanktionen gegen das Rassistenregime zur Folge haben.

Putsch in Grenada?

Unklar ist bei Redaktionsschluß die Situation in der Karibik-Republik Grenada. Ersten Meldungen zufolge steht der bisherige Regierungschef Maurice Bishop, der mit der New Jewel Party im März 1979 die damalige reaktionäre Regierung Eric Gary stürzte, unter Hausarrest.

Am vergangenen Wochenende wurden alle Ausländer aufgefordert, die Inselrepublik zu verlassen, ein Einreisestopp für Journalisten wurde verhängt. Noch ist nicht klar geworden, ob es sich, wie schon mehrmals versucht, um US-amerikanische Einmischung handelt, oder ob es Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Regierungspartei sind, die die unklare Situation hervorgerufen haben.

Streiks in Israel

Die lang andauernde Kriegspolitik hat Israel in große wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Trotz massiver Unterstützung, vor allem durch die USA, ist die Wirtschaft des Landes in eine tiefe Krise geraten. Die Regierung hat ein radikales Sparprogramm verkündet, das natürlich in keiner Weise die Rüstung und die Ausgaben für das aggressive israelische Heer betrifft, sondern in erster Linie die Arbeiter. So wurde ein bisher geltendes Abkommen von der Regierung aufgekündigt, das die Anbindung der Lohnerhöhungen an die Inflationsrate vorsah. Die Inflationsrate, so sagen Wirtschaftsexperten voraus — allein im Oktober rund 20 Prozent — wird in diesem Jahr die 200-Prozent-Grenze überschreiten. Mit einem zweistündigen Warnstreik hat ein großer Gewerkschaftsverband jetzt Protestaktionen begonnen. Insgesamt beteiligten sich etwa eine Million Menschen daran. Der Hafen von Ashod, südlich von Tel Aviv, wurde von 8000 Arbeitern einen ganzen Tag lang bestreikt.

Die Abwälzung der Lasten der Kriegspolitik Israels auf die Schultern der Werktätigen wird zu einem immer größeren Problem der reaktionären Regierung.

Neuer Malik Verlag:

Ein neuer kleiner Verlag mit großem alten Namen

Wer sich mit der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts beschäftigt, wird den Malik Verlag kennen. Der von Wieland Herzfelde 1917 gegründete Verlag, untrennbar mit der Arbeit seines Bruders John Heartfield verbunden, hat vor allem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bedeutende zeitgenössische Autoren verlegt. Sinclair, Becher, Gorki, Majakowski, Graf, Grosz, Weiskopf, Scharrer, Bredel, Brecht, Feuchtwanger oder Heinrich Mann sind nur einige der bekanntesten Namen.

Jetzt gibt es einen „Neuen Malik Verlag", gegründet unter anderem von einigen Redakteuren des Kulturmagazins „linkskurve", die auch vielen „Roter-Morgen"-Lesern bekannt sein dürfte. „Neuer Malik Verlag", dieser Name wurde den Gründern übrigens von Wieland Herzfelde selber empfohlen, ein hoher Anspruch und eine verlegerische Verpflichtung. Wie sie dieser nachkommen wollen schreiben die Macher selbst. Im folgenden Auszüge einer ersten Pressemitteilung des „Neuen Malik Verlages":

Gute Literatur hat für uns immer einen kritischen, einen aufklärerischen Charakter. Sie hält die Sitten und Gebräuche der Menschen unserer Zeit fest, ist gezwungen, sich mit den gesellschaftlichen Entwicklungen



Wieland Herzfelde, Begründer des alten Malik-Verlages, Freund des Neuen

auseinanderzusetzen, die der Zeit ihren Stempel aufdrücken. Sie trifft auf manipulierte und manipulierbare Gefühle und Gewohnheiten. Sie kann den Leser mitleiden und mitempfinden lassen mit erlittenem Unrecht, physischer und psychischer Qual, sie kann Haß, Empörung und Abscheu wecken auf bzw. vor jeder Art von Despotismus, geistiger und körperlicher Knechtung. Sie kann immer wieder die Träume der Menschen nach Freiheit des Denkens und des Handelns, nach Selbstverwirklichung und Aufrichtigkeit, nach Freundschaft und Liebe wachhalten. In diesem Sinne verstehen wir gute Literatur immer parteiisch, immer volksverbunden.

Diese Literatur braucht von uns natürlich nicht erst entdeckt zu werden. Wir finden sie in vielen Verlagen und doch wird sie manchmal erschlagen nicht nur von der Fülle zehntausender jährlicher Neuerscheinungen. Von vielen Politikern gegeißelt, nicht selten vors Gericht gezerrt, bricht sie sich nur mühsam Bahn. Selbst wir haben mit dem Buch unserer Autorin Dora Koster in unserer noch kurzen Verlagsgeschichte bereits erfahren, mit welchen Mitteln zu verhindern versucht wird, ein Buch erscheinen zu lassen.

In der Bundesrepublik werden die Autoren solcher Bücher, auch die namhaften, heute weniger denn je als moralische und geistige Instanz geachtet. Die urwüchsigen Kräfte des Kapitalismus bestimmen nicht erst seit der sogenannten Wende in Bonn die Leitlinien der Politik. Diese Kräfte wirken, ob wir es wollen oder nicht, auch auf dem Buchmarkt. Es ist für uns ein nicht geringes Abenteuer, uns verlegerisch darauf einzulassen.

Zur Frankfurter Buchmesse 1983 sind nun unsere ersten sechs Titel erschienen. Darunter eines, das, bereits vor zwanzig Jahren vollendet, bisher keinen Verleger fand, weil u.a. der Lektor eines Großverlages meinte, am Haß auf den Faschismus nicht gestorben zu sein. Zu wenig erschien vielen die Zeit damals reif für eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Das Buch wäre bereits damals ein literarischer Beitrag dazu gewesen. Alte Parteigänger haben sich zu ehrbaren Kaufleuten, Gartenzwergfabrikanten, Universitätsprofessoren, Richtern oder Pensionären gewandelt. Ihre im Roman geschilderten Sitten und Gebräuche hätten ihre zur Schau getragene Wandlung zu guten Demokraten entlarvt. Nicht nur, daß sie damals noch lebten, war das Brisante, sie hatten gerade ihre zweite Karriere vollendet.

Ein zweites Buch lag auch bereits vor zwei Jahren in den Lektoraten von großen deutschen Verlagen. Bevor jedoch möglicherweise der große staatliche Bruder eingreift, wollten lieber gleich Lektoren und Justitiare seine Aufgabe als Zensor übernehmen. Die Autoren des Bandes „Der Krieg genießt seinen Frieden" lehnten ab."

Das Signum des Verlages

NEUER MALIK VERLAG

Die ersten Bücher des neuen Verlages:

Else Lasker-Schüler, Der Malik, Eine Kaisergeschichte mit Bildern und Zeichnungen von der Else Lasker Schüler und einem Nachwort von Erich Fried. 192 Seiten, 29,80 DM.

Vladimir Makanin, Stimmen, Romancollage, Aus dem Russischen von Alexander Kaempfe, 192 Seiten, 29,80 DM.

Dora Koster, Geteert und gefedert, 192 Seiten, 24,80 DM.

Eckart Wetzel, Die Betonkugel, Romanerzählung, 192 Seiten, 29,80 DM.

Ricco Bilger, Steve B. Peinemann, Hartlieb Rex, Der Krieg genießt seinen Frieden, Gedichte Aphorismen und Bilder einer überlebenswilligen Generation, Herausgegeben von Hartlieb Rex, 144 Seiten, 19,80 DM.

Das Unsichtbare sagen! Erzählungen und Lyrik aus dem Alltag des Gastarbeiters. Herausgegeben von Habib Bektas, Franco Biondi, Gino Chiellino, Jussuf Naoum und Rafik Schami, 192 Seiten, 24,80 DM.

Dieses Buch aus der Reihe „Südwind-Literatur" im Neuen Malik Verlag enthält Beiträge von 27 ausländischen Autorinnen und Autoren. Die ausländischen Herausgeber der „Südwind"-Reihe haben im Neuen Malik Verlag übrigens das Recht, ihre Bücher völlig autonom zu gestalten.

Für weitere Information über das Verlagsprojekt und die neuen Bücher verschickt der Verlag die Malik-Lesehefte. Anfragen bitte an: Neuer Malik Verlag, Ringstraße 53, 2300 Kiel 1.

„Unamerikanisch, gotteslästerlich, negativ, schmutzig":

Tausend verbotene Bücher in den USA

Ende September fand in den USA die „Woche der verbotenen Bücher" statt. Buchhändler- und Bibliotheksvereinigungen, der Bund amerikanischer Publizisten und das PEN-Zentrum veranstalteten Ausstellungen, die das Ausmaß an Zensur darstellten.

In Ronald Reagans Demokratie tragen immer mehr Autoren den Vermerk „banned" (verboten). Darunter finden sich James Baldwin, Benjamin Franklin, Ernest Hemingway, Mark Twain und viele andere. Bücher dieser Autoren finden sich immer seltener in den Regalen öffentlicher Büchereien und werden aus den Bibliotheken von Schulen und Universitäten entfernt.

Eine Vertreterin der Bibliotheken-Vereinigung der USA gab bekannt, daß sich die Zahl der gemeldeten Verbote von 300 im Jahre 1980 auf über 1000 im Jahre 1982 erhöht hat. Man schätzt allerdings, daß die tatsächliche Zahl dieser Fälle vier- bis fünfmal so hoch ist.

Zu den verbotenen Büchern gehört zum Beispiel der Bericht des ehemaligen CIA-Agenten Philipp Agee über die Praktiken der US-Geheimdienste in Mittelamerika. Auch das „Tagebuch der Anne Frank" gehört zu den Büchern, die, wie es auf einem Ausstellungsplakat heißt, „einige Leute für gefährlich halten". In einer Kleinstadt des US-Bundesstaates Virginia war das Tagebuch des Mädchens über seine Erlebnisse in den von den Hitler-Truppen besetzten Niederlanden wegen „sexuell verletzender Passagen" auf den Index gesetzt worden. Oftmals lautete die Begründung für Verbote lakonisch „unamerikanisch", „gotteslästerlich", „negativ" oder „schmutzig".





In vielen Büchereien auf dem Index: Bücher von James Baldwin, Mark Twain, Ernest Hemingway und Anne Frank

Frankfurter Buchmesse

Wendemanöver im Literaturbetrieb

FRANKFURT. — Bei rund 300000 präsentierten Buchtiteln einen Überblick zu haben, Positives oder Negatives zu entdecken und beschreiben ist fast unmöglich. Einige neue Titel wird der Rote Morgen im Laufe des Herbstes sicher noch vorstellen — hier geht es erstmal um andere Tendenzen, die während der Buchmesse diskutiert wurden, die andeuten, wie auch im Literaturbetrieb die Wende vollzogen werden soll.

Neben der sich ständig verschlechternden Lebenslage von Schriftstellern, die der VS-Vorstizende Bernt Engelmann erneut anprangerte, machen sich viele Verleger über zunehmende Zensurfälle Sorgen, sind vor allem die Bibliothekare betroffen, die das ganze Bibliothekswesen in der Bundesrepublik gefährdet sehen.

Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier äußerte auf einer Pressekonferenz die Befürchtung, „daß die Bundesrepublik zu einer kulturellen Sahelzone" werden könne. Engelmann berichtete über konkrete Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage von freien Schriftstellern in den letzten zwölf Monaten. „Belletristen, vor allem Lyriker, darunter solche, die noch vor wenigen Jahren mit bedeutenden Literaturpreisen ausgezeichnet und von der Kritik gefeiert wurden, sind heute auf kärgliche Sozialhilfe angewiesen", sagte Engelmann. In diesem Zusammenhang kritisierte der VS-Vorsitzende vor allem die autorenfeindliche Steuerpraxis, nach der Schriftsteller Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer zahlen müßten, als seien sie kapitalistische Unternehmer.

Auch die zunehmenden Zensurfälle waren Thema der VS-Pressekonferenz. Stellvertretend für viele andere Fälle wurde immer wieder eine Polizei-Aktion in der Montanus-Buchhandlung im München-Schwabing geschildert. Hier waren Polizeibeamte in Zivil nach kurzem Anschauen verschiedener Bücher, die zum Teil schon lange im Handel sind, in Literaturlexika als Dokumente „von höchstem kunst- und kulturgeschichtlichen Wert" klassifiziert werden, zur Ansicht gekommen, das alles sei „pornografisch" und/oder „jugendgefährdend". Wozu Literaturwissenschaftler, Lektoren, Verleger oder Kritiker Wochen brauchen, entschieden sie in Minuten. Sie zogen ihre Erkennungsmarken, beschlagnahmten viele Bücher und leiteten ein Verfahren ein.

Die betroffenen Verlage, Dromer-Knaur, Goldmann, Heyne, Rowohlt, Ullstein und Weltkreis sprachen von einem „eklatanten Fall von Willkür", die Verfolgung von Literatur habe „ein neues Stadium erreicht". Die Verlage wollen gemeinsam gegen die „Prüderie-Mafia", wie es hieß, vorgehen. Gegen die „besorgniserregende Zunahme von staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Aktionen in Buchhandlungen" haben die betroffenen Verlage jetzt gemeinsam eine Rechtshilfebroschüre erstellt. Titel: „Wenn der Staatsanwalt kommt — Hinweise für Buchhändler über den Umgang mit Beamten der Polizei und der Staatsanwaltschaft". Sie ist bei den oben erwähnten Verlagen zu bekommen.

Zum Thema gehört auch die Kritik, die in der vergangenen Woche von der Jahresversammlung des Verbandes der Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen ausging. „Knapp zwei Jahre reichten aus, um in zwanzig Jahren mühevoll Erreichtes zunichte zu machen", so beurteilten die Bibliothekare die Sparwelle in ihrem Bereich.



Die Rechtshilfebroschüre der Verlage, die von Beschlagnahmeaktionen betroffen sind.

Ein Drittel der öffentlichen Großstadtbibliotheken haben seit 1981 Kürzungen der Ankaufsmittel bis zu 50 Prozent hinnehmen müssen, mußten Benutzergebühren erhöhen und die Öffnungszeiten einschränken. Der massive Einsatz des Rotstifts in diesem Bereich gefährdet das Büchereiwesen, bringt den öffentlichen Haushalten aber kaum etwas ein. Denn die Ankaufsmittel, so wurde errechnet, machen in der Regel gerade 0,05 Prozent der Haushalte aus. Hier rigoros zu sparen, hat Folgen.

Der Bibliothekenverband Nordrhein-Westfalen hat es exakt errechnet. Geht es weiter wie bisher, so gibt es in zehn Jahren in den Großstädten „keine gebrauchsfähigen öffentlichen Büchereien" mehr. Durch den Sparwahn würde „in spätestens zehn Jahren das öffentliche Bibliothekswesen praktisch ausgelöscht".

Im Literaturbetrieb hat die Wende auch begonnen — die Taktik ist deutlich. Durch die schlechtere wirtschaftliche Lage der Schriftsteller, die Polizeiaktionen und den Ankaufsstopp der Büchereien kommt die Zeit der **verbannten Bücher.**

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Bever, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethanstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr,

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.